

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Telephon Nr. 1208.

Telephon Nr. 1208.

Dr. 76.

Donnerabend, den 31. März, 1908.

17. Jahrgang.

Was tut not?

Wer Augen hat, zu sehen, und Ohren, zu hören, der hat begriffen, daß unsere Zeiten mit zu den dunkelsten gehören, die seit langem gewesen sind. Der Kampf der Arbeiterklasse um Anerkennung und Gleichberechtigung muß von Jahr zu Jahr heftiger und stärker werden, je heftiger, stärker und ungerechter der Druck der Gegner auf die Arbeiterklasse wird.

Mit einem Fieberfriesch heben die Gerichte alle Grundrechte der Arbeiter auf, die ein liberalisierendes Zeitalter angelehnt der beginnenden Arbeiterbewegung gewährt hatte. Heute scheint man derartige Rechte für überflüssig und schädlich zu halten. Gewerkschaftsleiter, die ein gesetzliches Recht anzuwenden ... für die Mitglieder einen berechtigten Vorteil zu erzielen, werden gleich Verdrüssern ... gestraft. Unternehmern aber dürfen 40,000 und mehr Arbeiter ohne Grund aussperrern, dem Hunger preisgeben, und sie gehen ungestraft durch die goldenen Strafen des kapitalistischen Lebens.

Minister halten philosophische Reden über die „aufsteigenden Kräfte“, die in dem „gewaltigen Ansturm unserer Arbeiterklasse“ sich geltend machen, und dann begründen sie eine „Wahlreform“, die eine Verhinderung des arbeitenden Volkes darstellt.

In Bayern, Baden, Württemberg hat man das Wahlrecht zu den Landtagen in sehr deutlicher Richtung auf die allgemeine und gleiche Wahl geändert, und ein Prinz sprach gute Worte über die Bedeutung des Volkswillens. In Preußen verhöhnt man diesen Volkswillen, indem man statt einer Verbesserung eine wesentliche Verschlechterung des elendesten und widersinnigsten Wahlsystems präsentiert und von einer durch den Reichszollmücker wohlgenährten und machthabenden Gesellschaft Edelherren und Vetter durchpeitschten läßt! Zum Lohn auf den Volkswillen hat das dreiklassige Privilegiensparlament aus dem Knappschaftsgesetz gar die geheime Wahl gestrichelt! Zum Lohn auf den Willen des Volkes hat man Arbeiterredakteure auf Jahre ins Gefängnis gesteckt, weil sie ein Wahlrecht forderten!

Wie in Preußen, so im Reiche! Während das Volk oft und ungewollt zum Ausbruch gebracht hat, daß es den Krieg verabscheut und den Frieden will, bringen eine Handvoll Diplomaten, die sich berufen glauben, die Geschicke der Völker zu lenken, das Deutsche Reich an den Rand des Krieges um eines afrikanischen Raubstaates willen.

Und während das gesamte Volk noch unter den ersten Folgen des Wucherzins leidet, bemühen sich die „Volksvortreter“ im Reichstag, noch neue Schatzquellen ausfindig zu machen, noch neue Millionen aus dem Volke herauszupressen, so oder so.

Soll das so weiter gehen dürfen? Die Arbeiterklasse wird entrechtet, wird durch Zollpolitik und Steuerhuckelstein zu Gunsten der herrschenden Klassen ansgepowert, wird durch Beschränkung des Koalitionsrechts an der Wahrung ihrer Interessen gehindert, wird zum Spielball diplomatischer Kunststücke gemacht — und das arbeitende Volk schweigt?

Soll es nicht noch eine Antwort geben auf all diese Drangsalierungen, denen der Arbeitssmann ausgesetzt ist? Soll das Volk wirklich still ergehen dieses „Schicksal“ tragen? O nein! Es gibt eine Grenze, an der auch der Arbeiter ruft und rufen muß: Bis hierher und nicht weiter!

Fast will es scheinen, als wäre diese Grenze des Unrechts schon überschritten, als müßten die Proletarier wie ein Mann sich erheben

und durch die Macht ihrer Zahl und ihrer unentbehrlichen Arbeitskraft sich ihr Recht erzwingen. Aber noch sind Tausende unter uns, die den Ernst der Situation noch nicht begriffen haben.

Volkswachtler! Gehört Du zu ihnen?
Daß Du alles getan, was Du als angestellter Arbeiter tun mußt, um an Deinem Teil zur Befreiung der Arbeiterklasse aus den Fesseln der Bevormundung, des Unrechts, der Ausbeutung beizutragen?

Wenn jemand Dich fragte, ob Du noch nicht Sozialdemokrat bist, würdest Du das sicher als eine Kränkung ansehen. Und doch fragen auch wir: Seid Ihr wirklich Sozialdemokraten? Gehört Ihr Eurer politischen Organisation an? Habt Ihr durch Euren Beitritt und durch Eure wirksame Tätigkeit im Interesse der Partei zu erkennen gegeben, daß Ihr angetrieben seid mit den politischen Forderungen?

Wenn jeder an seine Kraft greift, bevor er diese Frage leichtsin beantwortet, dann werden sehr viele von Euch mit „Nein“ antworten und bekennen müssen: Wir haben unsere Pflicht nicht erfüllt!

Zahlen beweisen! Darum seht die Ziffern aus dem Votationsbeizirk Breslau und prüfet Euch selbst! In den größeren Orten sind vorhanden:

Breslau	18,000	Volkswachtler	und	5600	Mitglieder
Piegnitz (Wahlkreis)	986	„	„	474	„
Oblau-Strehlen	650	„	„	850	„
Brieg	544	„	„	160	„
Reiffe	112	„	„	42	„
Neustadt	182	„	„	75	„

Sind das Ziffern, die Euch als Sozialdemokraten befriedigen können? Ist es genug, wenn nur ein Bruchteil der Leser auch dem Parteiverein beizutreten ist? O nein!

All die Schranken, die die Entrechtungsversuche, all die Niedertracht gegen die Arbeiterklasse ist nur möglich, weil die herrschenden Kreise wissen, daß der Arbeiter noch immer zu gleichgültig ist. Und das muß anders werden!

Mancher unter Euch denkt vielleicht, er habe seiner Pflicht genügt, wenn er seiner Gewerkschaft angehört, die ihm bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erkämpft und ihn in den Kämpfen des Lebens unterstützt. Und doch ist nichts falscher als dieses. Ich habe genug getan! Denkt daran, daß alle Eure Lohnverbesserungen durch den Zollmücker wieder aufgehoben werden konnten, weil die Feinde der Arbeiterklasse noch in der Mehrheit sind. Denkt daran, daß kein wirtschaftlicher Kampf um bessere Löhne und kürzere Arbeitszeit mehr möglich, sobald die politischen Freiheiten des Volkes nicht mehr vorhanden sind und diese Freiheiten sind im höchsten Maße bedroht. Nur eine starke sozialdemokratische Partei hindert die Gegner, das Vereinsrecht, das Koalitionsrecht ganz zu beseitigen. Da sollte es auch dem Gewerkschaftler sein Arbeiterbewußtsein gebieten, sobald als möglich der politischen Partei der Arbeiterklasse als reges Mitglied beizutreten.

In den nächsten Tagen wird ein Parteigenosse bei Euch vorzutreten und Euch einladen, das Verfallene nachzuholen. Er ist ein Klassen-, ein Parteigenosse und er ist ein Freund! Die Ihr noch bisher beiseite geschoben, Arbeitsbrüder, empfangt den Verber für unsere, für Eure Sache als einen Freund, und macht ihm seine Arbeit für das Parteinteresse, für die Arbeiterklasse möglichst leicht. Er wird Beizitserklärungen mitbringen, fällt sie aus, und bekundet so Euer Einverständnis mit den sozialistischen Ideen.

Arbeiter, Parteigenossen!

Am 21. Januar haben die deutschen Arbeiter zum ersten Male unter dem Fittern der herrschenden Klassen ihre Kraft und ihre Größe gezeigt. Am 18. März wiederholte das Proletariat seinen Antimarsch Beide Male galt es dem Prolet gegen das Unrecht und dem Verlangen nach Recht! Jetzt steht der 1. Mai bevor, der historische Feiertag der Arbeiterklasse.

Wie begehen wir diesen Tag würdig und angemessen? Zudem wir trachten, an ihm verkünden zu können, daß die Zahl der eingeschriebenen und der tätigen Mitglieder der Partei sich verdoppelt hat. Arbeiter und Volkswachtler! Wollt Ihr helfen, dieses Ziel bis zum 1. Mai zu erreichen? Dann feicht aus Werk. Unter der Sieg, trotz alledem!

Politische Uebersicht.

Beschlußunfähige Kolonialfrage. Der Reichstag war am Donnerstag wieder einmal beschlußunfähig. In der Beschlußunfähigkeit fehlte allerdings nur eine Stimme und wer weiß, ob diese sich nicht beim Nachzählen nachträglich findet. Seitdem der berühmte Zeitgenosse Lichtblicher die Stimmzettel eingeführt hat, sind verglichen Verzählungen an der Tages-Ordnung, wie Genosse Heine Anno 1902 richtig vorausgesagt hatte. — Die Beschlußunfähigkeit kam heraus, als über das neu zu schaffende Reichskolonialamt abgestimmt wurde, zu dessen Empfehlung der Reichskanzler mit großem Gefolge herbeigezogen war. Auch Maria Campobale, die Kanzler-Gräfin, befand sich in der Diplomatensalbe; nur Laura, die Schwiegermutter, fehlte. Also ein sogenannter „großer Tag“. Recht nüchtern hob er an mit der ersten Lesung des Statutgesetzes, das durch die verspätete Einberufung des Reichstages notwendig geworden ist, somit nach Verantwortung durch den Reichschatzsekretär v. Siengel an die Budgetkommission verwiesen wurde. Dann wurde in Windeseite der Rest des Marinestats erledigt, und dann ging es los. Fürst Bülow stand auf und hielt eine Rede — ohne Bitterkeit und ohne Angriffe auf die Sozialdemokratie — in welcher er unter Berufung auf die bedauerliche Tatsache, daß Freiherr von Richthofen, der Staatssekretär, an Ueberbürdung gestorben sei, um Trennung der Kolonien vom Auswärtigen Amt und Schaffung eines besonderen Kolonialamts mit einem Staatssekretär an der Spitze, bat. Bassermann, Richthofen, der Abgeordnete, Graf Arnim aus Muskau, die Antisemiten Lattmann und Böckler, Schrader vom weiblichen Freisinn kamen ihm zu Hilfe. Das war zu erwarten. Unerwartet aber kam der Eierkatz, zu welchem — Müller aus Sagan die ältlichen Beine zwang. Bernhards Sirenenklänge haben das oppositionelle Erz in der Teutonendrust von Eugens seligen Erben geschmolzen. Müller-Sagan redete gegen und sprach für die Vorlage. (Wie prophetisch war doch Graf Oriolas Zungenseher, als er eine „Flottenpartei“ aus der „Volkspartei“ machte. Das Zentrum war nicht so schnell umzustimmen, vorläufig wandte sich nach Spahn gegen die Vorlage und vorläufig lehnte das Zentrum in Gemeinschaft mit unserer Fraktion sie ab. Unter ablehnender Standpunkt wurde von Vebel in einer kurzen, kraftvollen Rede nachdrucksvoll begründet. — Bei der

Zwei Frauen.

Von Franz Herceg.

Die ausgerückten Kufaren forderten das revoltierende Volk auf, auseinander zu gehen. Als die Trompete zum dritten Male erschalle, machte sich der Zug daran, mit blankem Säbel die Straße zu säubern.

Der junge Oberleutnant kam seiner Pflicht ziemlich rüchlichsvoll nach. Die Lärmenden schoben rasch auseinander nur ein finstler blinder stämmiger junger Landwirt blieb noch in der Mitte der Gasse stehen. Der Oberleutnant ritt zu ihm hin.

„Rach Du dich nicht fort!“ rief er ihm an.

Da der Mann sich nicht rührte, hob der Offizier mit dem Säbel zum Schläge aus. Einen Moment meßen sich die beiden mit den Augen, der Soldat und der Bauer. Der eine mit kaltem Hochmut, der andere mit glühendem Haß. Im nächsten Moment führte der Offizier mit der flachen Klinge einen Stoß auf die Schulter des Bauern. Dann knallte ein Säuß. Der Oberleutnant griff nach der Brust und wankte im Sattel. Er hatte noch die Kraft, den Attentäter niederzusehen; dann sank er in die Arme der zu seiner Hilfe herbeigezogenen Kufaren.

„Mörder“, rief die Oberleutnant.

„Mörder“, rief die Bauer.

Die Gasse war plötzlich wie ausgehoben. Patrouillen ritten auf und ab, hatten aber niemanden mehr in Ordnung zu fassen. Dem Volke war die Lust am Revolieren vergangen.

Die beiden Leichen wurden in den Sitzungssaal des Gemeindefaßes getragen. Den Oberleutnant legte man auf den mit grünem Tuch bedeckten Tisch, den Landwirt neben dem Ofen auf die Erde.

Nachmittags erschien eine junge Bäuerin im Gemeindefaße. Sie sagte, sie wäre das Weib des getöteten Landwirts. Man ließ sie hinein. Drinnen kauerte sie neben der Leiche ihres Mannes auf die Erde nieder und wiederholte fortwährend in weinerlichem Tone:

„Weh! Was hast Du mir angetan, Andreas? Was hast Du meinem Attern angetan?“

Gegen Abend hielt eine Kalesche vor dem Gemeindefaße. Sie kam aus der nahen Stadt. Eine alte Dame mit weißem Haar stieg aus dem Wagen. Sie sagte, sie wäre die Mutter des getöteten Oberleutnants. Man ließ sie hinein in den Sitzungssaal.

Als sie das bleiche Antlitz ihres Sohnes erblickte seufzte sie auf: „Nun ist aus allem meinen Anteil herausgenommen? Ich habe meinen Mann begraben, meine Tochter ... Einen einzigen Sohn hatte ich; jetzt muß ich auch den begraben!“

Sie starrte, griff nach dem Herzen und stürzte der Länge nach zu Boden. Niemand war niemand in dem Saale, nur die junge Bäuerin. Sie nahm sich der Ohnmächtigen an. Sie trug sie nach dem Divan, holte kaltes Wasser und wusch ihr Gesicht, bis die alte Dame wieder zu sich kam.

Als die alte Frau ihr Bewußtsein wieder erlangte, erfaßte sie die Hand der jungen Bäuerin.

„Siehst Du, mein Kind, ich bin die Mutter dieses unglücklichen Jungen!“

„Es ist schade um ihn“, sagte das junge Weib, „denn er war ein wackerer, schöner Herr.“

Dem jungen Weibe standen die Tränen im Auge und damit gewann sie vollends die Sympathie der alten Dame.

„Und wenn Du erl wähltest, was er für ein guter Junge war! Von Kindheit auf war er sanft und zärtlich wie ein Mädchen. In seiner Anwesenheit kränkte er viel und ich konnte ihn nur unter schweren Sorgen aufziehen. Wie viele Nächte habe ich nicht neben seinem Bette gewacht! Ich wollte auch nicht zugeben, daß er Soldat werde, doch sein Vater forderte es ... Auch der Junge war für den Soldatenstand nicht eingenommen er beugte sich aber dem Willen des Vaters ... Er fühlte sich nur unter seinen Büchern wohl oder am Klavier. Er war stets ein Muttersöhnchen! Er hing an mir, als ob er nicht mein Sohn, sondern meine Tochter wäre. In seinen jungen Jahren mußte er deshaß von den Kameraden viel spottende Worte hören, doch er kümmernte sich nicht darum. Alle freie Zeit verbrachte er bei mir und so oft er mich besuchte, brachte er mir irgend ein Geschenk. Erst vorgestern bekam ich von ihm eine schöne Palme ...“

Der Schmerz der alten Frau löste sich jetzt in wahlstigen Tränen. Sie begann laut zu schluchzen. Die junge Frau, die ebenfalls weinte, zog sich wieder zur Leiche ihres Mannes zurück.

Als die alte Frau sich einigermaßen beruhigte, ließ ihr Blick auf den Leichnam neben dem Ofen.

„Nach ein Loter?“ fragte sie.

„Mein Mann!“ antwortete leise die junge Frau.

Da ging die Dame zu ihr hin und setzte sich zu ihr auf die Erde.

„O, Du arme Frau, also hast Du Deinen jungen Mann verloren? Hast Du wenigstens Kinder?“

„Zwei.“

„Und hast Du Deinen Mann sehr lieb gehabt?“ fragte die alte Dame weiter.

Die junge Bäuerin schlug die Augen nieder.

„Er war ein guter Mensch“, sagte sie leise. „Er ging nie ins Wirtshaus und seine Seele war nur dann recht froh, wenn er bei mir und bei den Kindern weilen konnte. Er war der bravste unter den jungen Landwirten des Dorfes. Er hatte nur einen großen Fehler: Die Gerechtigkeit ging ihm über alles. Er achtete sogar das Recht des Betters. Ein wie frommer Mensch er sonst war, so sehr geriet er in Hitze, wenn man dem Volk etwas antat ... Die Leute im Dorfe trühten das und schoben stets ihn vor, wenn sie etwas erreichen wollten ... Sie wußten, wenn er einmal auf einem Platze steht und ein Wort ausspricht, daß er nicht wankt und davon nicht abweicht, und wenn es sein Leben gilt ...“

Die alte Frau musterte mit melancholischem Interesse das Gesicht des jungen Landwirts.

„Es ist schade um ihn“, sagte sie, „er war ein wackerer, schöner Mann!“

Mittlerweile war in den Sitzungssaal der Gemeindefaß herbeigezogen. Er hatte gehört, daß die Mutter des Oberleutnants bei der Leiche ihres Sohnes weile, und er wollte sie fragen, ob sie nicht etwas bedürfe.

„Ich brauche nichts!“ sagte die Dame. „Ich möchte nur wissen, wer der Mörder meines Sohnes ist? Er muß seiner gerechten Strafe verfallen!“

Der Notar wies auf den Toten neben dem Ofen:

„Der hat den Oberleutnant getötet!“

Und da er bemerkte, daß das Gesicht der alten Frau treibweise wurde, fügte er leise hinzu:

„Ihm selbst aber wurde die Todeswunde mit dem Säbel des Oberleutnants beigebracht.“

Auch die junge Bäuerin erfuhr erst jetzt, wer ihren Mann umgebracht hat. Mit weit geöffneten Augen betrachtete sie lange das Gesicht des jungen Offiziers, während die alte Frau einseitig den Mörder ihres Sohnes anschaute. So blieben beide einige Zeit unbeweglich. Einmal trat die alte Frau vor als diejenige, die im Leben schon mehr zu leiden hatte. Sie umarmte die junge Frau und beide brachen in heftiges Weinen aus.

(Wiener Arbeiterzeitung.)

Abminderung (in irgend eine — vielleicht gefällige — knappe Maßigkeit für die Vorlage) lag das Haus, wie gesagt, auf. — Am Freitag Mittelfreit.

Die abgelehnte Reichsvermögenssteuer. Der Antrag Ablaß, die Kosten der neuen Stellenvermehrungsprojekte durch eine Reichsvermögenssteuer zu decken, ist am Mittwoch im Reichstage mit 142 gegen 87 Stimmen abgelehnt worden. Gegen den Antrag stimmten die Konfessionellen, das Zentrum und die Nationalliberalen; dafür unsere Partei, die Freisinnige Vereinigung und die Freisinnige Volkspartei. Der Antrag Ablaß ist außerordentlich beschwerlich. Die Steuer sollte erst bei einem völlig schuld freien Vermögen von 100,000 Mk. beginnen und nur 1/2 % pro Mille betragen, bis zum Vermögensbetrage von 1 Million Mark; bei Vermögen, die über diesen Betrag hinaus reichen, sollte die Steuer für jeden weiteren angefangenen Betrag von 20,000 Mk. um 20 Pf. steigen. Demnach würde die Steuer sich für ein schuld freies Vermögen von 100,000 Mk. nur auf jährlich 50 Mk., für ein Vermögen von 200,000 Mk. auf 100 Mk., für eine halbe Million auf 250 Mk., für eine volle Million auf 500 Mk. stellen. Ein recht mäßiger Steuerbetrag. Die preussische Vermögenssteuer, die den schönen Namen „Ergänzungssteuer“ führt, beginnt bekanntlich schon bei einem Vermögen von 8000 Mk. Der Ertrag, den der Vorschlag der Freisinnigen Volkspartei bringen würde, läßt sich nicht genau berechnen. Nach einer von der „Freien Deutschen Presse“ aufgestellten Berechnung würde sich der Ertrag für Preußen auf 40, für Deutschland also auf ungefähr 60 Millionen Mark stellen. Doch selbst diese Reifeiter erscheint den Welt- und Flottenpolitikern viel zu hoch. Wohl wünschen sie einen weiteren Ausbau der Flotte, eine Ausdehnung des Kolonialbesitzes, doch die Kosten für die ihren Zwecken dienende Politik überlassen sie großmütig, wie sie sind, der breiten, arbeitenden Masse. Das ist die vielgerühmte Aufopferung der Besitzenden!

Scheinfonds und Kaiserdenkmal. Ueber den Beginn der am Dienstag abgehaltenen Sitzung des elsäss-lothringischen Landesauschusses wird berichtet:

Vor Eintritt in die Tagesordnung bringt der Präsident ein Schreiben des Statthalters zur Besprechung. In dem Schreiben wird angedeutet, vor kurzem seien im Landesauschusse abfällige Bemerkungen darüber gemacht worden, daß 160,000 Mark aus dem Dispositionsfonds des elsäss-lothringischen Statthalters zu Zwecken des Straßburger Kaiser Wilhelm-Denkmal verwendet wurden. Dieser Verwendung sei kein Mitglied des Landesauschusses entgegengetreten, obwohl über die Verwendung der betreffenden Gelder des Dispositionsfonds ausschließlich von der Regierung dem Landesauschusse Mitteilung gemacht worden sei. Aus diesen Umständen habe es das Komitee zur Errichtung eines Straßburger Kaiser Wilhelm-Denkmal abgelehnt, diese 160,000 Mark zur Errichtung seines Zwecks zu verwenden. Der Statthalter habe daher diese Summe der Staatskasse wieder überwiesen. (Große Bewegung und lebhafter Beifall.)

Also weil kein Mitglied der Landesvertretung der Wahrheit entgegengetreten, deshalb verschmäht plötzlich das Komitee die Spende, die zwei Drittel der Baukosten ausmacht. Auch eine Begründung. Tatsächlich hat die öffentliche Besprechung die Komiteemitglieder geniert. Solange die Sache geheim blieb, nahmen sie keinen Anstoß an der künftigen Beihilfe aus dem großen Steuerkasten. Nun die Geschichte ruchbar geworden, ist plötzlich die politische Scham in ihnen erwacht.

Der Kluge als Bürgermeister. In dem vorpommerischen Städtchen Tribsee erhielt der Bürgermeister aus Anlaß der Protestversammlung vom 18. März folgende Verfügung:

Magistrat Tribsee. Tribsee, den 18. März 1906. Die von der hiesigen Zweizehntel des Verbandes der Meeres-Deutscher am heute Nachmittag 3 Uhr in das hiesige Lokal durchgeführte öffentliche Protestversammlung wird auf Grund des § 10 Ziff. 17 Teil II Allgemeinen Landrechts hiermit verboten, weil ausweislich des gestern hier verbreiteten Flugblattes in dieser Versammlung schon wieder ein auswärtiger Agitator — wie nach dem Thema:

Große Protestversammlung gegen das Dreiklassenwahlrecht in Preußen.

Tagesordnung: Die bürgerliche Revolution von 1848—1849 und das preussische Dreiklassenwahlrecht.

Referent Dr. Kluge. zweifellos anzunehmen ist — in aufreizender Weise referieren wird, nachdem erst durch die am 21. Januar d. J. in ebendiesem Lokal stattgehabte sozialdemokratische Protestversammlung, in welcher gleichfalls ein auswärtiger Agitator eine Rede gehalten hat, die Gemüter der hiesigen nicht sozialdemokratischen Bevölkerung in Anfeuerung versetzt worden sind, durch solche sozialistischen aufreizenden Reden auswärtiger sozialdemokratischer Agitatoren oder die öffentliche Ruhe und Ordnung in hiesiger Stadt gefährdet erscheint.

Die Polizei-Verwaltung Dr. Kluge.

Zunächst sei konstatiert, daß der wiederholte Hinweis auf die „auswärtigen Agitatoren“, die durch ihre „Reden“ den politischen Seelenfrieden der guten Tribseer Bürgererschaft und die Ruheeligkeit ihres Stadtobhauptes gefährden, von einer Sentenzenrichtung Zeugnis ablegt, die zu einer Zeit herrschend war, wo das Städtchen Tribsee noch eine Welt für sich selber bildete und jeder deutsche Mann, der nicht das Licht der Welt hinter Tribseer Stadtmauern erblickt hatte, von der modernen Bürgererschaft als „Ausländer“ traktiert wurde. Im übrigen aber ist das Berechtigtere — so beschränkt es an sich ist — doch jedem Arbeiter mit klarem Verstande bekannt. Daß der Herr Doktor Kluge es nicht kennt, tut uns leid um die Bürger von Tribsee. Wie heißt es doch in der Vorlesung'schen Oper: „Ja, ich bin Klug und weise...!“

Die Furcht vor den Woten. Das sachsenburgische Ministerium bleibt konsequent dabei, als Gemeindebeamte gewählten Sozialdemokraten die Bestätigung zu verweigern. Man erinnert sich, wie Genosse Paul Qua, der mehrmals von der Gemeinde-Vertretung

von Pant zum Gemeindevorsteher respektiv zum Polizeikommissar (Polizeikommissar) bestanden gewählt worden, nicht bestätigt werden ist. Dasselbe Verfahren ist nun gegenüber dem Genossen Quaburg befohlen worden. Er erhielt durch den Gemeindevorstand von Pant schriftlich folgende Mitteilung vom Amtshauptmann:

Nach einer Verfügung des Großherzoglichen Staatsministeriums ist die Wahl des Nachbändlers Quaburg zum Polizeikommissar des Gemeindevorstandes der Gemeinde Pant nicht bestätigt worden, weil Quaburg ein Sozialdemokrat ist und als solcher öffentlich hervortritt. Der Gemeindevorstand wolle den Gemeindevorstand hiervon in Kenntnis setzen und wenn erforderlich, eine Neuwahl veranlassen. (gez.) Rosenbecker.

Das vielgerühmte Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden geht also auch im „liberalen“ Oldenburg nicht so weit, daß sie die ihnen geeignet erscheinenden Personen als Beamte berufen können. Das Ministerium läßt nur die zu, die eine vorchriftsmäßige Gesinnung zeigen.

St. Bureaukratie. Vor uns liegt folgende Entscheidung:

Im Namen des Königs! In Sachen betreffend die Veranlagung des... zur Staatsrentenversteuerung hat das Königlich Preussische Oberverwaltungsgericht, 7. Senat, in seiner Sitzung vom 24. Januar 1906... für Recht erkannt: Die Beschwerde des Steuerpflichtigen gegen die Entscheidung... vom 29. Oktober 1904 wird zurückgewiesen...

Ganze anderthalb Jahre hatte die preussische Verwaltungsjurisdiktion gebraucht, um eine Entscheidung zu treffen. Da sind doch die Staatsanwälte und Richter schneller bei der Hand, wenn es sich um — Sozialdemokraten handelt.

Dreifaches. Im Abgeordnetenhaus nahm die Beratung der Denkschrift über das Anstufungsrecht die ganze Sitzung in Anspruch. Auf allen Seiten war man darin einig, daß die Tätigkeit der Anstufungskommission und des Anstufungsausschusses selbst die erbitterten Widerstände bisher nicht erzielt hat. Die Vertreter der beiden freisinnigen Gruppen machten wiederholt darauf aufmerksam, daß man nun endlich mit der Ausnahmegesetzgebung gegen die Polen anbrechen müsse und das Drückstück nur durch Förderung armer Kulturträger zu decken, namentlich des Schulwesens, in den Ostmarken gehoben würde — ein Standpunkt, der auch von einem oberchristlichen Arbeiter, dem Abg. Abramski, im großen und ganzen gutgeheißen wurde. — Im Herrenhaus wurde die Staatsberatung fortgesetzt. In erheblichen Debatten kam es nur beim Etat des Finanzministeriums, wo von den Nationalen, unter Führung des Grafen Mirbach, aber die zu große finanzielle Belastung des Ostens, namentlich durch die soziale Gesetzgebung gefordert wurde, und die konservativen Sozialdemokraten, unter Führung des Herrn v. Buch gegen die Reichsberufungsämter wetteiferten, mit der bloßen Sozialdemokratie und den übrigen demokratischen Parteien im Reichstage eine Resolution gemacht worden sei. Große Glanz bei der der Handels- und Gewerbeverwaltung und der Eisenbahnverwaltung wurde im Laufe von wenigen Minuten erledigt. Wohlwollend hat man sich morgen beim Etat des Ministeriums der Finanzen und des Kultusministeriums länger auf.

„Der Arbeiter muß immer arm bleiben... denn was in Jahrbüchern von den Hellen nicht gedruckt werden konnte, seitdem der Fluch Gottes im Paradiese auf der Menschheit lastet, das wird sich nie ändern.“

„Der Arbeiter muß immer arm bleiben,“ das ist das Ideal des liberalen (N) Blattes von Vinde!

Der Pottsdamer Skandal. Die am Donnerstag stattgefundene Unterredung des Reichstages Dr. Gleim mit dem Prinzen Alwa im auswärtigen Amt, dauerte, wie uns aus Berlin gemeldet wird, nicht weniger als zwei Stunden. Herr Gleim erklärte, die neue Verhandlung gegen die Alwas-Angelegenheit werde in Deutschland stattfinden. Schon in den nächsten Tagen werden in Kamerun die Verhandlungen beginnen und zwar vor einem Richter, der an der Sache überhaupt nicht interessiert sei und der die Fehler des ersten Richters sicherlich vermeiden werde. Außerdem habe das auswärtige Amt angeordnet, daß irgend ein Missionar, der mit den Alwas und ihrer Sprache vertraut ist, den Hauptling als Verteidiger gestellt werde. Schließlich sicherte Herr Gleim noch strenge Untersuchung der in der Reichswehrschrift enthaltenen einzelnen Punkte zu.

Geborene ultramontane Ordnungsmächte. Aus München wird uns geschrieben: Im Münchener Gemeindefolgeium sah ich heute mit der brennenden Schwelgerin, die den alten, zentrumschönen Abgeordneten in Reich und Staat, Stadt und Land giert, der ultramontane Gemeindefolgeleiter Peter Stadlmaier, seiner Reichens Gastwirt in Kamerun, einem Vorort von München. Der Wacker schmeckte sich durch einen besonderen Haß gegen die „Soz.“ und durch mörderische Redenwandlerungen für die Sittlichkeit und Moral aus. Unter Parteiblatt, die „Münchener Post“, hat das Verdienst, diese altholische Ordnungsmächte erst zu haben. Wie bestimmt verurteilt, hat der Münchener Staatsanwalt gegen den schwarzen Peter ein Verbot wegen Meineschuld erteilt. Notzucht und Wucher eingeleitet. Herr Stadlmaier soll schon seinen Koffer gepackt haben, um den Staud des südbayerischen von seinen Parteifreunden zu schützen. Öffentlich läßt er dem Staatsanwalt seine neue Adresse zukommen.

Von den Schicksalen eines preussischen Schulpatres konnte man vor dem Reichsgericht bewundernd vernehmen. Der Tatstand, der sich aus den Akten ergibt, muß, wie uns Leipzig geschrieben wird, das Herz eines jeden Preußen hoch answellen lassen. Der Lehrer Hochreiter war von der Schulgemeinde Sahlath, Kreis Sorau in der Niederlausitz, angestellt worden und mußte die Dienstwohnung im Schulgebäude beziehen. Die Feindschaft sächsischer Ränne zwang ihn dazu, die ihm vorgesetzten Instanzen auf den graden Harbalden und gesundheitswidrigen Zustand der Wohnräume aufmerksam zu machen. Von 1896 an gefasch das festwährend, ohne daß von der Gemeinde Abhilfe geschaffen wurde. So blieb dieser Mann in den gesundheitsgefährlichen Räumen so lange, bis ihm im April 1900 ein chronisches Halsleiden dazu zwang, auszuweichen. In der Verhandlung seiner Klage gegen die Schulgemeinde Sahlath vor dem Oberlandesgericht, vorstärkter überestimmend die Gutachten des Kreisphysikus Dr. Losch aus Berlin und des Kreisarztes Dr. Schäfer aus Sorau, daß die Feuchtigkeit in der Dienstwohnung „direkt ungesund sei“ und „einen direkt erheblichen Mangel“ darstelle. Der gesundheitlich und materiell schwer geschädigte Lehrer, der vor dem Antritt seiner Stellung in Sahlath krankenhaft war, forderte nun auf dem Klagewege von der Schulgemeinde 1500 Mark Schadenersatz, wozu sie das Oberlandesgericht auch verurteilte. Dagegen legte nun die Gemeinde Revision beim Reichsgericht ein mit der Begründung, daß die Krankheit durch eigenes Verschulden des Lehrers hervorgerufen sei; er hätte ausziehen müssen, wenn er Schaden vermeiden wollte. Und das Reichsgericht wies die Revision als unbegründet zurück.

Ausland. Einem Monat parlamentarischer Arbeit hat das englische Unterhaus jetzt hinter sich und man kann wohl behaupten, daß die junge sozialistische Partei mit großer Befrie-

digung auf ihre bisherige Tätigkeit zurückzusehen kann. In einem ganzen Anzahl von Fragen, welche direkt die Arbeiterfrage betreffen, hat sich die Regierung äußerst entgegenkommend gezeigt und weitgehende Versprechungen gemacht. Um so schmerzlicher ist es, wenn sie etwa versuchen wollte, die Versprechungen nicht zu halten. Dem Augen hiervon würde nur die sozialistische Partei haben, die jetzt schon durch das Auftreten ihrer Abgeordneten im Parlament im öffentlichen Leben Englands eine ganz andere Bedeutung gefunden hat, als ehedem. Die jungen Parlamentarier der Partei haben sich im Unterhaus mit so großer Sachkenntnis und Klarheit der Argumentation eingeleitet, wie sie die Iren in ihrer besten Zeit kaum gezeigt haben. Nur scheint es den englischen Genossen nach an jener Beschlossenheit und Disziplin zu fehlen, welche der deutschen Partei so große Stärke nach außen gibt. So wurde bekanntlich in der letzten Woche über den Antrag des Major Seely, wonach von der Seereschiffahrt (204,000 Mann) 10,000 Mann abgestrichen werden sollten, verhandelt und abgestimmt. Herr Seely und die Mehrzahl der Abgeordneten stimmten für diesen Antrag, ein Teil jedoch trennte sich von ihren Genossen und stimmte mit der Regierung. — Soffentlich kommt die junge Fraktion bald zu der Einsicht, daß durch derartige Abspaltungen ihr Ansehen leidet und ihre Kraft abgeschwächt werden muß.

Im englischen Unterhaus brachte der Generalstaatsanwalt Rowson einen Gesetzentwurf ein, durch den die bestehenden Gesetzesvorschriften betreffend die Trades-Unions und die Ausschüsse abgeändert werden sollen. Der Antragsteller erklärte, der Entwurf sei nicht abgelehnt worden infolge der Entscheidung, die die Gerichte in dem bekannten Taff-Bale-Brosche getroffen hatten, in dem als recht anerkannt worden war, daß Schadenersatz für die Folgen ungesetzlichen Vorgehens von Mitgliedern einer Trades-Union während eines Ausstandes aus dem Vermögen des betreffenden Gewerbetreibenden erstattet ist, auch wenn dieses Vorgehen nicht durch das Exekutiv-Komitee derselben autorisiert worden sein sollte.

Watson bekämpft die Forderung der Arbeitervertreter, daß das Vermögen der Trades-Unions ganz und gar gegen derartige Anträge geschützt sein solle. Schalleron (Arbeiterpartei) erklärte, die Arbeiterpartei könne mit dem Gesetzentwurf nicht zufrieden sein, die Regierung habe bei den Wahlen versprochen, die Forderung der Arbeiterpartei zu berücksichtigen. Im weiteren Verlaufe der Beratung sprachen sich mehrere Redner von der Arbeiterpartei und der Arbeiterpartei für die Notwendigkeit aus, die Bestimmungen des Entwurfs in dem Sinne auszuweiten, daß Voraussetzungen für Streikschäden gegen das Vermögen der Gewerbetreibenden überhaupt nicht geltend gemacht werden können. Schließlich wird die erste Lesung des Entwurfs angenommen.

Die Sozialfrage in Italien. In der Deputiertenkammer brachte der Abg. Genosse Cabriani eine von noch 40 anderen Abgeordneten unterstützte Erklärung ein, in der es heißt: Die Kammer ist von der Notwendigkeit eines Gesetzes, durch welches der Arbeiter, Handelsangestellten und Beamten der Genossenschaft ein wöchentlich wiederkehrendes Ruhegeld gesichert wird, überzeugt; womöglich soll der Ruhebetrag ein Sonntag sein. Cabriani beantragte den Antrag unter Hinweis auf das physische und intellektuelle Wohlbefinden der Arbeiter auf die zunehmende Unfallhäufigkeit in den letzten Tagen der Woche und indem er auf das Ausland verweist. Nachdem noch ein Herr Valer und einige andere Redner sich in ähnlichem Sinne zu dem Antrag geäußert hatten, nahm der Ministerpräsident Sonnino das Wort. Auch er erklärte sich namens der Regierung im Prinzip für den Antrag. Dann kamen allerdings die verschiedenen Wenn und aber. Italien habe eine noch sehr junge Industrie, die vielfach die Sonntagfrage nicht mehr vertragen können. Man müsse vorsichtig schrittweise vorgehen. Schließlich wurde der Antrag Cabriani angenommen und damit die Regierung beauftragt einen entsprechenden Gesetzentwurf einzubringen.

Erster internationaler Kongress gegen die Arbeitslosigkeit. Die Mailänder „Umanitaria“, das bekannteste, aus dem Verstand eines reichen Menschenfreundes unterhaltene Institut, beruft zum 28. und 29. September d. J. einen internationalen Kongress ein, auf welchem das Problem der Arbeitslosigkeit, deren Ursachen und die Mittel zur Beseitigung erörtert werden sollen. Einladungen zur Teilnahme sind Schriftsteller, Abgeordnete, Gelehrte, Jung alle Leute, welche sich mit der Frage der Arbeitslosigkeit beschäftigen.

Partei-Angelegenheiten.

Kein Requirierungswort? Zur Erhaltung des Genossen A. Goll in Hirsch (Haben) wegen angeblicher Requirierungswort ist nachträglich zu berichten, daß diese keineswegs mit seiner verantwortlichen Tätigkeit an der „Arbeiterzeitung“ im Zusammenhang steht. Die Part ist keine Requirierungswort, wie anfänglich angenommen wurde, sondern lediglich erfolgt, weil das Amtsgericht Kollisionsverfahren witterte in einer Baogattelle, die am Mittwoch vor dem Schöffengericht in Hirsch zur Verhandlung kommt, welcher, wie schon berichtet, eine Streikbrecheraffäre zu Grunde liegt, die sich während des Streikereits bei der Pannmeckeri Müller u. Gelferich abgehandelt haben soll. Die Verhandlung wird wohl ergeben, daß die gefällige Maßnahme durchaus überflüssig war.

„Der 18. März ist was anders.“ Ein weiterer Zwischenfall ereignete sich am 18. März in einer Versammlung in einem kleinen Orte des Wahlkreises Wiesbaden. Die Ueberraschung hatte der Bürgermeister, ein Mann der Feinsinger, in höchst eigener Person übernommen. Nachdem der Redner gerndet hatte, wollte der Vorsitzende, ein junger Genosse, der noch etwas besangenen ist, über die bekannte Resolution abstimmen lassen. In seiner Aufregung verwechelte er das Wort mit Revolution. Man denke: über die blanke Revolution wollte er abstimmen lassen! Das war stark! Der Bürgermeister hatte denn auch sofort das Gefährliche der Situation erkannt. Noch ehe das Unheil geschehen konnte, erhob er sich und fiel dem Vorsitzenden ins Wort: „Aber erlaube Sie mal, daß ich net, daß hier immer die Revolution abgestimmt wird. Da muß ich, so laad mers duht, die Versammlung auflösen.“ Der Vorsitzende berichtigte natürlich sofort seinen Irrtum, und mit einem „Der 18. März ist was anders!“ ließ sich der Dreieckmaltige wieder auf seinen Sitz nieder.

Arbeiterbewegung.

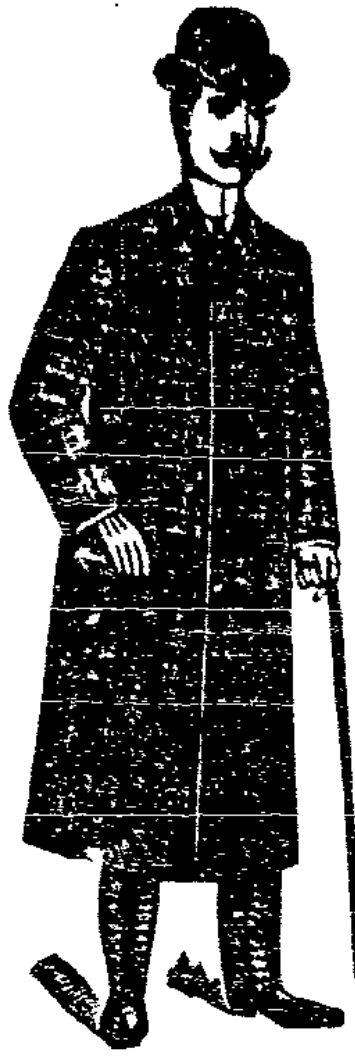
Der Ausstand der Bergarbeiter im Reich-Weissenfelder Revier. Die Verhandlungen einiger Verleistungen mit den ausländischen Bergarbeitern im Braunkohlenrevier haben auch bis jetzt noch zu keinem Ergebnis geführt. Der Geschäftsgang der Braunkohlenindustrie beginnt unter dem Ausstande zu leiden. In dem Weissenfelder Revier ist die Zahl der Streikenden bis auf 1200 angewachsen. Nach amtlicher Angabe sind in dem Braunkohlenrevier Weissenfeld bei 33 Orten 2200 Bergarbeiter beschäftigt, in dem Revier Reich-Weissenfeld 5000.

In Weissenfeld streikten 2000 Mann. Sämtliche Ueberarbeiter, Maschinenwächter und Bearbeiter haben die Arbeit niedergelagt. Nachdem dieser Tage zahlreiche Bergarbeiterversammlungen im Revier, Weissenfelder, Weissenfelder und Paderaner Braunkohlenrevier den Ausstand befestigen haben, sind gestern früh, wie aus Halle gemeldet wird, die Belegschaften auf vielen Gruben nur teilweise eingezogen. Im ganzen streikten etwa 3—4000 Bergleute.

Der Verband der Hammer-Deutscher schloß das Jahr 1905 mit einem Mitgliederbestand von 43,265 Mitgliedern ab. Diese verteilten sich auf 323 Bezirksstellen. Als Einzelmitglieder werden 100 Mitglieder gezählt. Die höchsten Anwachstum, Winterwalde, Kirchhain (Niederlausitz) und Serhausen (Altmark) reduzierten nicht ab. Die beiden ersten wurden deswegen auf Reichs- und Hauptvorstande bereits gestrichen. Die Bezirksstellen haben sich um fünfzehn erhöht. Die Hauptkassette schloß bei 619,209,33 Mk. Einnahmen und 89,615,22 Mk. Ausgaben mit einem Bestande von 529,594,11 Mk. ab. Das Gesamtergebnis des Verbandes betrug 919,169,61 Mk. Die Berliner Wäckererhelfen haben nunmehr die Forderungen für die bevorstehende Lohnbewegung formuliert. Es fordert

Nun ist er da, der Arbeiterfreund!

Eröffnung meines der Neuzeit entsprechenden Geschäftshauses
 für Herren- und Knaben-Konfektion
Sonnabend Vormittag 10 Uhr.



Ein hochgeschätztes Publikum von Breslau und Umgegend mache ich auf mein reich sortiertes Lager in fertiger Konfektion aufmerksam. Mein Hauptaugenmerk habe ich darauf gerichtet, daß mein Lager stets das Neueste und Modernste von einfachsten bis zum elegantesten Genre bei den nur denkbar billigsten, aber festen Preisen aufweisen wird. Meine Konfektion besteht durchweg nur aus haltbaren, modernen Stoffen, tadelloser, guter Verarbeitung und besten Zutaten.

Ganz besonders mache ich ein hochgeehrtes Publikum auf meine Spezial-Abteilung

Maß-Anfertigung

aufmerksam, ich beschäftige nur alles erste Kräfte und kann deshalb für guten Sitz und moderne, gute Fassons garantieren.

Gratis! erhält jeder Käufer eines Anzuges oder Paletots **Gratis!**
 1 Arbeitshose vom Eröffnungstage bis 15. April.

Ich bitte meinem neuen Unternehmen geneigtes Wohlwollen zu schenken.



Konfektions-Haus „Zum Arbeiterfreund“

Inh.: J. Israel, Friedrich-Wilhelmstraße 34.

Geschäfts-Eröffnung

Sonnabend, den 31. März 1906
 vormittags 10 Uhr

Schuhwaren-Haus „Zum Glückstiefel“

Friedrich-Wilhelmstrasse 34.



Kaufen Sie keine Schuhwaren vor Sonnabend, den 31. März. Sie werden staunen über meine neuen billigen Preise. Große Auswahl in nur reellen Schuhwaren.

Jeder Käufer erhält ein reizendes Präsent.

Paul Pluntke

38 Friedrich-Wilhelm-Strasse 38

vis-à-vis „Deutscher Kaiser“

empfehlen sein gut assortiertes Lager in

Sonnenschirmen, Regenschirmen, Krawatten, Handschuhen, Holenträger, Herrenwäsche.

Schuhreparaturen schnell und billig in eigener Werkstatt. Echte Reheiten. Billigste Preise.

J. Zöllner, Schuhmachermstr.

empfehlen sein reichhaltiges Lager von

Schuhwaren elegant und dauerhaft

in jeder Ausführung, als

Stiefel, Gamaschen, Schürschuhe,

Hauschuhe für Damen, Herren und Kinder.

Holzschuhe, Pantoffeln, Dachdeckerschuhe

zu billigen Preisen.

Ring-Bude 30, vis-à-vis Henel-Fuchs und Neumarkt-Bude 299, an der Liffass-Säule.



Konfirmations-Geschenke

zu reellen und außergewöhnlich billigen Preisen lassen Sie bei

C. Welte, Juwelier,

Glückswalze, Sing. Reuschelstr.

Goldene Ringe von 2 Mk. an.

Brotschen, Armbänder von 1 Mk. an.

Ohrringe, Kollern, Damen- und Herren-Uhren in jeder Preislage.

Trauringe billigst.

Reparaturen werden prompt in eigener Werkstatt ausgeführt.

Wollen Sie

viel Geld sparen nur durch Einkauf in der Fabrik. Anzüge nur 10 Mark. Nach Maß 18 Mark. elegant, gute Stoffe, bester Sitz.

Anzugfabrik Wallstrasse 17, I.

Nach Sonnabend von 11 bis 2 Uhr.

Arbeiter

welche ihre Solidarität auch durch die Tat beweisen wollen, rauchen

Bienenkorbzigaretten.

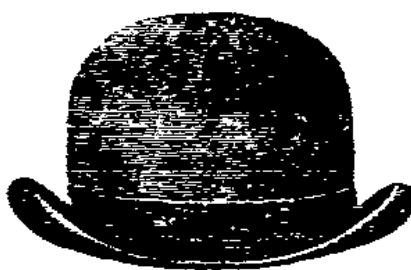
Hauptniederlage:

Oskar Hoffmann, Röhrenlohe 3.

Buchhandlung Volkswacht. Pfandleihe Münzstr. 2. G. Freundt. 1051
 1051
 von J. G. Post. 241 5/10 à 0.10. Auswärts briefl.

Niederlagen der Liegnitzer Hutfabrik

Sonnabend, den 31. März cr.



Wiedereröffnung

der Filiale

Schmiedebrücke No. 48

im früheren Hotel de Saxe, Ecke Messergasse.

Hauptgeschäft: Ohlauerstrasse No. 7, Ecke Schöbbrücke.

Filialen: Neue Schweißnitzerstrasse No. 2, neben M. Schneider.

Schmiedebrücke No. 48, Ecke Messergasse.

Reichhaltige Auswahl in Frühjahrs-Neuheiten.

Deutscher Reichstag.

78. Sitzung, Donnerstag, den 29. März, Nachmittags 1 Uhr.

Im Bundesrat: Hr. v. Stengel, Dr. Rieberling, Dr. Schwilg, u. Zirpel. Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes...

Reichsfinanzminister v. Stengel weist kurz darauf hin, daß der Gang der Geschäfte des Reiches im Etatgesetz notwendig gemacht habe...

Abg. Dr. v. Richter (kons.) beantwortet Ueberweisung an die Budgetkommission, weil es sich im § 2 um Ausgaben handelt, die zum Teil noch nicht von der Kommission beraten sind.

Abg. Dr. v. Richter (kons.) beantwortet Ueberweisung an die Budgetkommission, weil es sich im § 2 um Ausgaben handelt, die zum Teil noch nicht von der Kommission beraten sind.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Beratung des Marinetats, der ohne wesentliche Debatte in seinen noch ausstehenden Positionen erledigt wird.

Das Reichskolonialamt.

Der Reichskanzler Herr v. Bismarck und der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Schulerberg sind im Saale erschienen.

Die Kommission befragt bei Titel 1 das Gehalt des Staatssekretärs zu 20,000 bzw. 25,000 Mark zu erhöhen. Die Kolonialabteilung soll wie bisher dem Auswärtigen Amt unterstellt bleiben.

Die Abg. Baffermann (nat.) und v. Norman (kons.) beantragen Wiederherstellung der Regierungsvorlage.

Reichskanzler Herr v. Bismarck: Im Namen der Verbündeten Regierungen und in meinem eigenen Namen bitte ich Sie, der Vorlage über die Errichtung eines Reichskolonialamtes Ihre Zustimmung zu erteilen. Wir sind mit dieser Vorlage erst nach reiflicher Erwägung gekommen...

auch mein langjähriger, treuer, ausgezeichneter Mitarbeiter, der Staatssekretär v. Richter, der die Kolonialpolitik der Kaiserzeit in seinem Buche dargestellt hat. Er, der selbst vorher Direktor des Reichskolonialamtes war, bevor er Unterstaatssekretär und Staatssekretär des Auswärtigen Amtes wurde, ist unter der Bürde der Doppeltätigkeit zusammengebrochen. Da mußte ich mir sagen, daß die Last, welcher Herr v. Richter nicht mehr gewachsen war, von einem neuen Mann neben dem auswärtigen Geschäft nicht mehr getragen werden konnte...

Abg. Baffermann (nat.) begründet den Antrag auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage. Gerade wenn Herr v. Richter mit seinen neuen Ausführungen über die Forderung Deutschlands recht haben sollte, wäre das ein Beweis für die Notwendigkeit der Errichtung des Auswärtigen Amtes...

Abg. v. Richter (kons.): Als Gegner der Kolonialpolitik stehe ich durchaus nicht an, zu erklären, daß ich völlig die Auffassung des Reichskanzlers teile, wonach auch die Gegner der Kolonialpolitik lebhaft daran interessiert sind, daß die Kolonialverwaltung auf der Höhe ihrer Aufgabe steht. Das bedeutet aber keineswegs, daß wir der Schaffung eines selbstständigen Reichskolonialamtes zustimmen...

Grundsatz des Auswärtigen Amtes treibt. Wie so der Mangel eines Kolonialamtes an den Mängeln unserer auswärtigen Politik Schuld haben soll, vermag ich nicht einzusehen. In der Kommission wurde von einer Seite erklärt, mit Hilfe eines selbstständigen Reichskolonialamtes würden sich Ziele leichter erreichen lassen, für die bei der gegenwärtigen Organisation zunächst keine Aussicht vorhanden wäre.

Abm. gegen ein besonderes Reichskolonialamt. Um die Organisation der Verwaltung in den Kolonien in zweckentsprechender Weise zu fördern, reicht die gegenwärtige Leitung der Kolonialverwaltung aus, wenn nur die rechten Männer an der Spitze stehen. Schreibt man doch auch mit Recht Fehler unserer auswärtigen Politik nicht der Organisation des Reichskolonialamtes, sondern der Person des Reichskanzlers zu. Die bisherigen Leiter der Kolonialpolitik waren alle insofern ihrer Aufgabe nicht gewachsen...

Abg. v. Richter (kons.) hält die Fortsetzung des Reichskolonialamtes vom Auswärtigen Amt für abgelehnt.

Abg. Dr. v. Richter (kons.): Die Treiber der so genannten nationalen Bewegung, die ablehnende Mehrheit der Kommission waren sehr geehrt, Stimmung gegen die Schaffung eines besonderen Reichskolonialamtes zu machen. Gegen die Schaffung eines solchen Amtes spricht namentlich die Befürchtung, daß die kolonialen Interessen einseitig beachtet oder eine Stärkung des persönlichen Regiments bewirkt werden sollte.

Abg. v. Richter (kons.) hält für die Regierungsvorlage ein. Abg. v. Richter (kons.): Die Debatte der letzten Tage haben bewiesen, daß es sehr erwünscht ist, wenn wir ein selbstständiges Reichskolonialamt haben, welches für alle in den Kolonien gemachten Fehler verantwortlich gemacht werden kann.

Abg. v. Richter (kons.) schließt sich diesen Ausführungen an. Abg. Dr. v. Richter (kons.): Das Rangverhältnis des Chefs hat keinen Einfluß auf den Geschäftsgang innerhalb der Kolonialverwaltung, und es ist bedauerlich, daß die freilichigen Redner ihre Stellungnahme geändert haben.

Abg. v. Richter (kons.) ist für die Wiederherstellung der Regierungsvorlage. Damit schließt die Debatte. Die Abstimmung über den Antrag Oriola ist eine namentliche. Für den Antrag, das heißt für die Regierungsvorlage stimmen 114, dagegen 77, es enthalten sich 7 Abgeordnete. Das Haus ist also, da nur 198 Abgeordnete gewählt haben, wegen einer Stimme beschlußfähig.

Die Sitzung muß daher abgebrochen werden. Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr. Wiederholung der namentlichen Abstimmung. Militäretat. Schluß 5 Uhr.

Aus aller Welt.

Ein Grubenunfall bei Courrières. Die Ingenieure sind eifrig mit der Wiederherstellung zweier armer Jungsangelegenheiten zum Schacht Nr. 3 beschäftigt. Der Schacht wurde von der verbrannten Kohle geräumt, da ein beständiger Wiederaustritt des Feuers darin droht. Vorletzter Nacht mußte ein Toter zu Tage gebracht werden. Der Ingenieurentscheid, der den Plan zur Wiederherstellung der bei dem Grubenunglück in Mitleidenschaft gezogenen Stellen ausarbeiten soll, tritt zusammen. In Nilly Montigny wurden die Bergbauernschaften durch eine Gruppe Ausländer an der Einfahrt in den Schacht 2 verhindert. Ein Mann von der Rettungsabteilung soll verwundet sein. Der leitende Ingenieur Weiß wandte sich an den Minister des Innern, Clemenceau, um wirksamere Schutz.

Wie der Justizminister spart. Nach dem am 31. April 1903 der Bürgermeister von Kapvolschhausen (Provinz Hessen-Nassau) beim Amtsgericht in Homburg die Anzeige, daß das halbjährige Kind einer Waise eines unnatürlichen Todes gestorben sein sollte. Der Amtsrichter Pöhl forderte nun die beiden zufälligen Zeugen telegraphisch, die Identifikation vorzunehmen, verkündete dabei aber den Ort Kapvolschhausen anzugeben. Die Letzte beileben sich und erschienen zur festgesetzten Stunde in Homburg. Die richterliche Untersuchungskommission Kapvolschhausen muß deshalb halb schon einen anderen Arzt herbeiführen. Die dadurch entstehenden Kosten sollte nun der zerstreute Amtsrichter in der Höhe von 20 Mk. zahlen. Und so wurde nun durch alle Instanzen hindurch geflagelt, bis das Reichsgericht dieser Tage darüber zu beschließen hatte. Die Vermutung des Amtsrichters Pöhl wurde abgewiesen.

Ein Doppelmord an einem alten Ehepaar in dem Borort Schöneberg bei Berlin entdeckt worden. Man hat den 76 Jahre alten Hausverwalter und Gärtner Franz Kretschmer und seine 64jährige Frau im Keller einer Villa in der Friedenauer Straße mit schweren Schädelverletzungen ermordet aufgefunden. Wir geben folgende Einzelheiten wieder: Franz Kretschmer ist am 11. Oktober 1829 geboren. Seine Ehefrau, eine geborene Köhm, ward am 15. Juli 1841 zu Blankenburg geboren. Sie lebten einsam in der Villa und erhielten oft den Besuch ihrer verheirateten Kinder. Die Tat selbst ist jedenfalls mit einem Schwere ausgeführt worden. Man fand das Ehepaar mit Blut und Haaren bedeckt im Keller vor. Nachforschungen sind noch einige andere Stiefwunden festgestellt worden. Die Älteste Tochter hatte, bevor sie den Saft zu Gibe rief, eine Welle sich in der Wohnung aufgestellt. Sie fand dort jedoch nichts Verdächtiges vor. Es ermahnt uns der Wohnung geräumt worden ist, läßt sich erst später feststellen. Ein Sparta-Jugendbuch über tausend Mark wurde von der Tochter der Ermordeten im Keller unversehrt vorgefunden. Beide Leichen lagen auf dem Leib, die zertrümmerten Schädel und die Blutlachen waren von dem Mörder mit Sand überstreut. Wie Spuren erheben, ist Frau K. durch den Keller gestürzt worden. Kretschmer, der früher ein vermöglicher Gärtner

war, mußte, nachdem er Geldverluste erlitten, eine Stelle eines Verwalters in der Villa einnehmen. Er war jedoch allgemein als Penker bekannt. Die Ermittlungen nach dem Täter gestalten sich für die Polizei außerordentlich schwierig, da irgendwelche zurückgelassenen Spuren noch nicht entdeckt werden konnten. Ausgang haben sich die Mörder durch das offene vorgefundene enge Kellerfenster verschafft. Die alten Leute sind jedenfalls von den Mördern in den Keller gelockt und dann ohnungslos überfallen und dahingemordet worden. Auch die Berliner Kriminalpolizei ist bemüht, die Schöneberger Behörde bei der Aufklärung des Kapitalverbrechens zu unterstützen.

Arbeiterfriede. Beim Abbruch eines Hauses in Leipzig 600 bis 700 Arbeiter am Morgen durch den Umsturz einer Mauer vier Arbeiter verletzt, von denen einer getötet, zwei schwer und einer leicht verletzt wurden.

Neuer neue zusammengewachsene Zwillinge schreibt man aus München: Am 20. d. M. wurde durch die Bange eines Arztes ein zusammengewachsenes Zwillingenpaar an das Licht der Welt befördert. Die beiden Köpfe der Zwillingen sind zu zusammengewachsen, daß sich an dem einen großen Kopfe vorn und hinten je ein Gesicht befand. Es zeigte sich also dem Beschauer ein weiblicher Januskopf. Hals und Brust waren an den Gesichtern obernah. Von der Brust gingen vier Arme aus, vom Hals an wies die Bildung zwei Beine auf. Es waren dabei auch zwei Beine und vier Hände vorhanden. Die verwachsenen Zwillinge blieben etwa eine Stunde am Leben und wurden dann in die Frauenklinik gebracht. Die Eltern sind Kupferschmieds-Gemeine, beide gesund und tüchtig.

Ermordet und beraubt. Aus Jena wird gemeldet: Im benachbarten Gombardorf wurden der 76jährige Landwirt Hermann Gohmann und dessen Ehefrau ermordet und beraubt aufgefunden. Vom Täter hat man noch keine Spur.

Ertrunken. Am 29. d. M. ist, wie die „Donau-Zeitung“ meldet, auf der Donau unweit der Dörschlag Heining ein mit neun Arbeitern besetzter Kahn gesunken. Sechs Arbeiter konnten sich retten, drei sind ertrunken.

Eine neue Grubenkatastrophe in Japan. In dem Kohlenbergwerk von Takahama in der Nähe von Nagasaki ereignete sich eine Explosion, durch die 250 Personen ihr Leben einbüßten. Erbeben in Italien. Auf der Insel Africa wurde abermals ein sehr heftiges Erdbeben verzeichnet. Die Bevölkerung ist in sehr großer Erregung. Viele Familien verlassen die Insel, andere flüchten sich zur Abreise. Einige Häuser sind beschädigt; Menschen sind nicht verletzt. Ein Mitglied der von Palermo entsandten wissenschaftlichen Kommission hat sich dahin ausgesprochen, daß ein Abgang der Erdbeben nicht erwartet werden könne. Die Schiffe „Arctica“ und „Abogat“ sind nach Africa geschickt worden.

Weiße Skizzen für schwarze Wäsche. In New York wurde kürzlich ein öffentliches Haus ausgehoben, das einem reichen Regier gehörte, der seit Jahren einen ausgeprägten Wäschhandel betrieb. Er hielt in seinem Hause weiße Wäsche

ausschließlich für Regier; er behandelte die Mädchen als Gefangene und für manche Unglückliche schlug die Erlösungshand erst dann, als sie mit kranken, stumm Körper nach einem Hospital gebracht wurde. Die Fenster des Hauses waren nach der Straße mit Brettern vernagelt und Wächter beobachteten die gefangenen Opfer, daß keines entweichen konnte. Manches Mädchen ist durch Lockungen oder mit Gewalt nach jenem Hause gebracht worden, wo sie verloren war, sobald sie die Schwelle überschritten hatte. Dieser Regier hatte Agenten in seinen Diensten, die Mädchen, welche fremd nach New York kamen, nachstellten und sie verlockten. Manchmal führte der Zufall Mädchen in jenes Haus, das äußerlich als Gasthaus galt; sie wurden eingelassen, betrunken gemacht, und als sie wieder zu sich kamen, befanden sie sich in losen Gewändern unter Leidensgenossinnen und waren gefangen. — Daß diese Lasterhöle bisher ungehindert bestehen konnte, Weg, 30. Street, ist mir dadurch zu erklären, daß die Polizisten durch große Besorgungen veranlaßt wurden, sich nicht einzumischen. Jetzt endlich ist bei Gelegenheit einer Razzia die Spurensache ausgehoben worden. Im Polizeibureau von New York sind seit einiger Zeit allerlei Untersuchungen im Gange, die Entstellungen über die Beziehungen der Polizei zu den öffentlichen Häusern bringen, wobei unglückliche Zustände zutage gefördert werden.

Wissenschaftlich Kurse zum Studium des Alkoholismus sollen in der Osterwoche dieses Jahres vom 17.—21. April im Bodend-Auditorium der Universität Berlin stattfinden. Diese Kurse werden im Jahre 1904 vom Zentralverband zur Bekämpfung des Alkoholismus (Berlin) unter seinem Vorsitzenden, Herrn Senatspräsident des Oberverwaltungsgerichts Dr. von Strauß und Torney, eingerichtet. Die Absicht bei Veranstaltung dieser Kurse ist, die verschiedenen Seiten und Gebiete der Alkoholfrage von anerkannten Männern der Wissenschaft mit ruhiger Objektivität und Zuverlässigkeit behandeln zu lassen, damit die sicheren Erkenntnisse und Ergebnisse der Wissenschaft und die Praxis gewonnen und gesammelt hat, allen zugänglich werden, welche sich für diese die Gegenwart so viel beschäftigende Frage interessieren.

Zweimal haben diese Kurse unter zahlreicher Beteiligung stattgefunden. Im Jahre 1905 betrug die Zahl der Teilnehmer 344, darunter 5 Ausländer, 37 Besucher aus den verschiedenen Teilen Deutschlands, der Rest aus Berlin.

Für die Kurse dieses Jahres sind 10 hervorragende deutsche Thema (z. B. Alkohol als Nahrungsmittel, Alkohol und Arbeiterversicherung, Alkohol und Strafrecht, Belastung der kommunalen Gasse durch den Alkoholismus) in Aussicht genommen. Ihre Mithilfe haben bereits zugesagt: Prof. Dr. Hartmann-Berlin, Stadtrat Kappelmann-Erfurt, Hofrat Prof. Dr. Arkelin-Berlin, Geh. Med.-Rat Prof. Dr. Rubner-Berlin u. a. Die wissenschaftliche Leitung der Kurse hat Geh. Med.-Rat Prof. Dr. Rubner-Berlin übernommen.

Wir beabsichtigen über die wichtigsten Ergebnisse der Kurse zusammenfassend zu berichten.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 30. März.

Wieder ein Freikämmerer, der zum Rabi kommt. Der Redakteur der Breslauer Morgen-Zeitung, sein Hauptberuf ist Lehrer, war im November als Regent bei einer Schülerfeier anwesend. Er hat aber bis zum Schluss zugesehen, warte Herr B. nur das Offen ob und ob die Tafel aufgehoben wurde, ob er die Güter. Trotzdem berichtete er über dieselbe, als sei er bis zum Schluss zugegen und schrieb unter anderem in die Rezension: „Zum Schluss wurde getrunken.“ Das war nun ein böser Reizfall, denn tatsächlich war nicht getrunken worden und der gewissenhafte Regent hätte alle Ursache gehabt, darüber den Schüler der christlichen Nächstenliebe zu bedenken, das heißt über die Sache möglichst schnell Gras wachsen zu lassen.

Das tat jedoch Herr Böning nicht. Im Gegenteil! Als der Schriftsteller A. Halber seine Rezension in einer Breslauer Zeitschrift wegen ihrer Gewissenhaftigkeit etwas verbittert und herabsetzend, ließ der freikämmerliche Regent getränkt zum Rabi, um den Spötter wegen — Beleidigung zu verklagen! Herr B. bestritt nicht, daß seine Rezension nicht der Wahrheit entsprach, aber er legte wegen Beleidigung. Die freikämmerliche Weltanschauung scheint bei berechtigten Vorgehensweisen wissenschaftliche nicht zuzulassen. Der allem ärgerte sich Herr Böning über den Ausdruck „Winkel-Referent“ und deshalb forderte er die Bestrafung des Antikritikers. Das Breslauer Schöffengericht tat ihm denn auch wirklich den Gefallen und verurteilte den „Beleidiger“ zu — 20 Mark Geldstrafe.

Sobald schon dem Gericht das Vergnügen, das ihm diese beiden Kämpen bereitet, gerade wert zu sein, denn zum größten Schmerze des Freikämmerers billigte es dem Hohen Ender obendrein den Schutz des § 193 (Wahrnehmung berechtigter Interessen) in vollem Umfange zu. Herr Böning rächte sich dafür, indem er in seinem Blatte das bisher sorgsam gehütete Geheimnis des Namens „A. Halber“ grausam enthüllte und in Sperrdruck mitteilte, daß sich hinter „A. Halber“ der Herr Abraham Halberthal verberge. Wieso das pikant sein soll? Nun, Herr Böning ließ früher — 30 Mark. Was er aber beschließen verschweigt. Zableu!

Schaum im Kopf! Vor dem Breslauer Kriegsgericht stand angeklagt der Gehörlosverweiser vor verfallener Mannschaft der Kavallerie Georg Lawratz vom Infanterie-Regiment 156 in Bries. Am 6. Dezember ward Wachdienst geleistet, wobei A. kein Kommando abgab und lachte, auch einem Befehl des Sergeanten Gehör nicht schenkte. Der Kommandant gibt an, er sei früher mal im Kopf verlegt worden, bekame manchmal Schaum im den Kopf, wobei er immer lachen müsse und nicht wisse, was er tue. Gegen in der Kompanie kam der Mann oft durcheinander und nicht richtig vor. Stabsarzt Dr. Haupt hat den Mann beobachtet. In 1 1/2 Jahren war es nicht möglich, ihm den Militärdienst beizubringen. Kommandanten suchten für ihn wegen und er ward oft mißhandelt. Er sei geistig beschränkt und darum jetzt vom Militär entlassen werden und kann nicht für dieses Vergehen verantwortlich gemacht werden. Nach dem Antrag des Vertreters der Anklage erkannte das Gericht vernünftiger Weise auf Freisprechung.

Wieder hinter verschlossenen Türen. Der Hauptmann und Militärkommissar Walter von Erdmannsdorff der 6. Gendarmen-Brigade in Liegnitz stand vor dem Breslauer Kriegsgericht, angeklagt der wiederholten Beleidigung des Bergleiters und Untergebenen, vor schrifts-widriger Behandlung letzterer und Mißbrauch der Dienstgewalt. Als Zeugen waren geladen: Oberst von Puffamer-Breslau, die Ober-Bachmeister Schön-Arnial, Zalles-Schöna, Straußfeld, Liegnitz, Wiesner-Striepan, die Gendarmen Feige-Pardwitz, Weisbrod-Röhren, Bäcker-Jauer, Wagner-Roschwig, Schabel-Rothenburg, Fiedig-Neuath, Bracke-Naußitz, Oberwachmeister Schöna-Rosfeld, Hauptmann Schöna-Tarnowitz, die Gendarmen a. D. Rißke-Vignitz, Schöna-Görlitz, Oberwachmeister a. D. Reichel-Schöna und zwei Jüdischen. Der angeklagte Hauptmann ist 1864 in Posen, Kreis Dypeln, geboren, seit 1896 in der Gendarmen, von guter Führung, verdienstlich wegen Mißhandlung Untergeordneter mit fünf Tagen Strafbefehl, wegen Ungehorsam mit 24 Stunden. Auf Antrag des Vertreters der Anklage schloß das Kriegsgericht die Öffentlichkeit für die Dauer der Verhandlung aus wegen unerwünschter Gefährdung militärischer Interessen. Das Urteil lautete auf vier Wochen Strafbefehl! Die Verhandlung dauerte 6 Stunden hinter verschlossenen Türen. — Auch hier sind wieder alle, auch den vortänzerischen Vermutungen, für und für gestimmt. Wir können das dem Militärismus. Gibt er doch auch das geistig beschränkte Gebaren selber Ursache dazu. Denn wenn man sich solche Zeugen näher betrachtet, so kann man trotz — und wegen — des Ausmaßes der Verfehlung, ziemlich genau erraten, was der vorerwähnte Hauptmann verbrochen hat. Und das geschieht unterer Militär-Justiz wenig zur Ehre!

Ins Schlesien und Posen.

Magistrat und Fleischnot.

In Breslau macht sich die Fleischnot in einer Weise bemerkbar, daß sich sogar der Magistrat genötigt sah, eine Eingabe an den Regierungspräsidenten in dieser Sache zu richten. Sie ist in dieser Beziehung so interessant, daß wir wenigstens einige Stellen unserer Lesern nicht vorenthalten dürfen.

Die Wirkung des 1. März er. in Stadt getriebenem Verkehr mit Rußland macht sich im hiesigen Stadtbezirk ganz außerordentlich fühlbar. Die hiesige mildernde Kommissar-Behörde empfindet es sehr schwer, daß die polnische Einfuhr von Fleisch mit Ausnahme von Schweinefleisch in Mengen bis zu 2 Kilogramm nicht mehr gestattet ist. Bei der Fleischnot im vergangenen Jahre hätte der Magistrat wenigstens die Möglichkeit, ihren Fleischbedarf zu verhältnismäßig billigen Preisen aus Rußland zu decken. Heute ist für diese Möglichkeit nicht mehr vollständig gesonnen, sondern sie muß, wenn sie nicht lediglich auf den Bezug von Schweinefleisch aus Rußland sich beschränken wollen, am Ort für sämtliche Arten von Fleisch erhöhte Preise zahlen, was sie insofern nicht in der Lage ist, auch die Einkaufspreise für Schlachtvieh erheblich erhöht sind, so-

dem ungenügend auch die Fleischpreise eine Steigerung erfahren. Die Mayor-Verwaltung hat aber die Schickel des unteren Besandes, der Verdienst der kleinen Händler und Arbeiter nicht genügend beachtet. Diese Bedürfnisse müssen den Bezug von Fleisch haben, auf das dennober geringste Maß eingeschränkt. Wenn in Betracht gezogen wird, daß die polnische Einfuhr von Fleisch in dem Einwohnern etwa zu zwei Dritteln aus Arbeitern und kleinen Händlern besteht, worunter sich allein über 2000 Bergarbeiter befinden, so muß der letzte Aufwand geradezu als unerträglich und gefährlich bezeichnet werden. Die schwere Arbeit der Arbeiterbesitzer, namentlich der Bergarbeiter, erfordert eine ausreichende Nahrung, wozu Fleisch unumgänglich notwendig ist, wenn die Bevölkerung nicht in ihrem Schwellegelstände, an Arbeitskraft und Widerstandsfähigkeit gegen Klima und ansteckende Krankheiten Einbuße erleiden soll. Es besteht hierüber in der hiesigen Arbeiterbewegung eine feste Stimmung, welche den Wunsch von Arbeitern und Stralss-Bewohnern ist. Fleisch wird hier am Orte zwar in genügender Menge zum Verkauf festgehalten, insofern zu Preisen, die nur die besser situierte Bevölkerung zu zahlen in der Lage ist. Die hiesigen Lagen sind einigen Wochen allgemein über ausnahmeweise schlechte gewesen. Die Ursache hiervon ist selbstverständlich einzig und allein in den durch die Hohenhöhen erhöhten Preisen zu suchen. Sehr wahrscheinlich wäre es aber, wenn die polnische Einfuhr von Fleisch, Bohnen und Mäherzeugnissen in dem Umfang, wie vor dem 1. März d. J., gestattet werden könnte. Sollte dies nach den bestehenden Bestimmungen insofern nicht möglich sein, so bitten wir, geneigt sein zu wollen, daß den Bewohnern es hiesigen Grenzgebietes die polnische Einfuhr von Schweinefleisch und Schweißfleisch in Mengen von nicht mehr als 2 Kilogramm, Bohnen, Mäherzeugnissen und Mähermaschinen in Mengen von nicht mehr als 3 Kilogramm so hoch als irgend möglich gehalten wird.

Wir glauben nicht, daß diese magistralische Eingabe irgend welchen Erfolg zeitigen könnte. Denn tausend Mal haben wir's schon gesagt, daß sich unsere wachsende Staatspolitik stets allen nach so eindringlich vorzutragenden Vermutungen verhält, wenn es sich um das Wohlergehen ihrer agrarischen Lande handelt. Freilich nun einmal bei uns Trümpf, — und das wird der Magistrat von Posen nicht anders als zum Ueberflusse noch einmal erleben, wenn er die Antwort des Herrn Regierungspräsidenten in Händen haben wird. Was schert unsere Regierung Arbeiter und Industrie!

Militär-Justiz.

Die „Posener Neuesten Nachrichten“ berichten über die letzte Oberkriegsgerichts-Sitzung: Leutnant v. Brillows-Gaffron vom 10. Ulanen-Regiment in Posen hatte sich wegen vor schrifts-widriger Behandlung des Mannes Biel zu verantworten. Biel hatte als Soldat einen Unfall erlitten und wollte daraufhin in Besitz einer Unfallrente gelangen. Er behauptet, den Unfall infolge Ueberanstrengung im Dienst gehabt zu haben. Von einer anstrengenden Vormittags-Übung sei er bereits sehr ermattet gewesen, als er auf Befehl des Leutnants auch noch des Nachmittags im Trabe sein Pferd in der Reitbahn herumführen mußte. Er wurde dabei ohnmächtig und erhielt von dem Pferde im Fallen mehrere Aufschläge. Als er dann nicht aufstehen konnte, soll ihn der Angeklagte noch schlecht behandelt haben. Retter der Zeugen hatte eine vorläufige Behandlung des U. wahrgenommen. Doch soll der Leutnant seinen Reuten beim Feiten manchmal befohlen haben, zur Strafe 80 bis 100 Mal aufzuführen (!!), was einige getan haben würden, andere dagegen nicht für möglich hielten. Vom Kriegsgericht war der Leutnant freigesprochen worden, heute beantragte der Anklagewerter wegen vor schrifts-widriger Behandlung Freisprechung und Vertreibung der Verurteilung des Gerichtsherrn. Wegen des 100maligen Aufnehmens jedoch beantragte er einen dreitägigen Strafbefehl. Das Gericht erkannte auch in diesem Falle auf Freisprechung.

Der Herr Leutnant hat offensichtlich jenseitig Verstand, wie er sich hat, sonst hätte sich die deutsche Armee wenig auf ihn einbilden. Um diesen Leutnant zu kennzeichnen, hatte die „Vollmacht“ damals, als er in Slogauer freigesprochen war, so nebenbei mitgeteilt, daß er ein Verwandter des Oberstaatsanwalts von Raumburg und des Brigade-Kommandeurs von Breslau sei. Darin erblickte das Slogauer Kriegsgericht eine Beleidigung und — die „Vollmacht“ wurde zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt. Jetzt ist der abdelige Leutnant zweimal freigesprochen worden und die „Vollmacht“ bleibt verurteilt.

Mehr Schulente für Väterchen!

Die russische Revolution übt ihren Einfluß auch auf den Anteil der preussischen Steuergäbler aus. Im Staatshaushaltsplan für 1906 finden sich die Mittel für eine Vermehrung der ober-schlesischen Grenzkommissariate, durch Anstellung eines Kriminalkommissars und eines Kriminalschaffners. Begründet wird die Einstellung der beiden Beamten, die nach der „Schl. Bg.“ tatsächlich bereits seit einiger Zeit tätig sind, einmal zwar mit der Ermahnung der deutschen Grenzbevölkerung, vor allem aber mit der Ermahnung der polnischen und der sozialdemokratischen Partei und mit der russischen Revolution.

Was in aller Welt geht Herrn Polizeirat Wädler, dem die beiden Beamten zur Seite gestellt werden sollen, die Revolutionsbewegung auf russischem Boden an? Daß Ober-schlesien seit dem Ausbruch der russischen Revolution vielfach von Verbrechen als Schlupfwinkel benutzt wird, ist eine starke Verleumdung der „Schl. Bg.“, sicherlich soweit sie eine Verdächtigung der russischen Revolutionäre bedeutet. Wenn Herr Wädler mit den „unselbständigen Elementen“, die wie gebräutes Vieh die Grenze wechseln, allein nicht mehr fertig wird, dann mag er doch seinen Posten antreten; noch seinen feuilletonistischen Versuchen, die er jüngst über seine Amerikafahrt in der „Grenzzeitung“ veröffentlicht hat, zweifeln wir nicht daran, daß es ihm gelingen wird, auch als Schriftsteller sich ethisch sein Wort zu verdienen. Und ist erst Herr Wädler fort, dann wird man vielleicht auch bald zu der Ansicht kommen, daß es überhaupt ohne Grenzkommissariat gerade so gut geht, und man wird nicht nötig haben, in den nächsten Staatshaushaltsplan noch die Stelle eines in Herby zu stationierenden Polizeikommissars zu setzen, dessen Tätigkeit ebenfalls in der Beobachtung des Grenzverkehrs und der Pass-Revision liegen soll.

Antisemitisches. Die deutsch-nationalen Handlungsgehilfen für Wismar, den 28. d. März im Haus Frisch eine öffentliche Versammlung ab, zur jeder Rede Rede angeordnet war. Nach dem einleitenden Vortrag des Referenten des Redners Thomas aus Hamburg, das alles mögliche, nur nichts Schändliches zu dem Thema: „10 Jahre Landesarbeit“ enthielt, kündigte der Vorsitzende an, daß nach einer Pause von zehn Minuten die Rednerliste ge-

schlossen werde und daß in der Diskussion Angriffe auf den Namen und Verdienste nicht gestattet seien. Nach der Erklärung setzte eine Geschäftsordnungsdebatte ein, die den Vorstehenden absolut unzulässig seines Amtes laub, jedoch der Referent ihn nicht nur höflich unterrichten mußte, sondern der Herr erlaubte sich auch ohne das Wort zu haben, in die Debatte einzugreifen und sogar Versammlungsteilnehmer wegen Auslassung des Vortrages zu verweisen.

Nachdem eine Anzahl Personen, die zur Geschäftsordnung sprechen und sprechen wollten, ebenfalls hinausgewiesen worden, forderte der Vorstehende alle Herren, die in Folge der Erregung standen, auf, das Lokal zu verlassen; es waren ca. 200.

Unter großer Selbsterregung liefen diese denn auch einige 20 Deutschnationale ab, wurden noch die Hälfte der Belegschaft abgeholt, also noch nicht 18 Jahre abgelaufen.

Die Klage der Antisemiten verhielt sich während der anderen Städte an, wo die sogenannten Deutschnationalen längt an ihrer Mangelhaftigkeit und ihrer Rabauzigen in Versammlungen bekannt sind.

Die Kostenbewußten Handlungsgehilfen von Rastow wurden, wie die nächsten Tage zeigen werden, die Antwort diesem gemäß nicht unwillig antworteten, sondern nicht schuldig blieben.

Zum Schluß sei noch folgendes angedeutet: Als in Folge des entfallenden Schrems ein Polizeibeamter erschien, gab er auf die Frage einiger bürgerlicher Versammlungsteilnehmer, warum der Überwachende Beamte den Saal verlassen, den unsere ober-schlesischen Verhältnisse so trefflich charakterisierenden Beschäftigten dieser Verband braucht gemäß Polizeiverordnung nicht übermäßig zu werden.

Wie jedoch Bemerkungen von Polizei wegen „bewacht“ werden, davon kann wohl jeder ober-schlesische Arbeiter ein Beispiel angeben. Wurde doch kürzlich die Vorstandsbildung einer Gewerkschaft bei 4 Teilnehmern von 5 Squylenen überwacht.

Posen, 30. März. Unsere Stadtväter haben in der letzten Zeit allwöchentlich eine Sitzung ab. Wir haben über mehrere derselben nicht berichtet, da diese ohne jedes Interesse für unsere Leser waren und würden auch von der am letzten Mittwoch, den 28. d. März, stattgefundenen keine Notiz nehmen, wenn diese nicht interessant wäre dadurch, was in ihr — nicht verhandelt wurde. Wir meinen die von dem Stadtverordneten Fischer seit langem angekündigte Interpellation über die letzten größeren Bauanstalten, die teilweise des Tod von Arbeitern zur Folge hatten. Wie bereits in den beiden vorhergehenden, so kam auch in der letzten Sitzung diese Interpellation nicht zur Verhandlung. Der Grund soll darin zu suchen sein, daß anfangs nicht genügend Stadtväter anwesend sind und daß, wenn die genügende Anzahl endlich zur Stelle ist, die Zeit bereits zu weit vorgerückt ist, um einen „berühmten wichtigen Gegenstand“ noch zu erledigen. Sollte Herrn Spielmann liegen? Ist etwa diese Frage den Hausvater und ihren Fremden zu lästig? Oder was für einen Grund hat sonst die Verschleppung dieser seit langem angekündigten und auch der Tagesordnung stehenden Interpellation? Um Antwort wird gebeten. — Zu erwähnen ist ferner noch, daß der Magistrat seine Vorlage wegen Errichtung einer Wardehülle auf dem Allen Markt für die Straßensöhne, sowie einer Bedürfnis-Anstalt dorthin — zurückgezogen hat, aus welchen Gründen, mag der hochwohlwollende Magistrat wohl nur selber wissen.

Stadtsammlungs-Nachrichten.

- Eheschließungen.** I. Arbeiter August Winkler, evang., Hilberstraße 11, mit Pauline Reusch, ev., ebenda. — Keller Verthold Hermann, ev., Friedrich-Wilhelmstr. 69, mit Emma Rumer, ev., ebenda. — Klempnermeister Paul Sydow, ev., Palmstr. 14, mit Elisabeth Winkler, geh. Wenzel, ev., Weidenstr. 26. — Uhrmacher Karl Neufeld, ev., Sadowastr. 1, mit Martha Heia, ev., Schmiedebrücke 55. — Schneider Josef Smolarek, kath., Allee 24, mit Emma Jurek, ev., ebenda.
- Geburten.** I. Bergarbeiter Paul Meißner, kath., Sohn. — Schmied Hugo Urbanski, kath., L. — Schmied Albert Jahl, kath., S. — Arbeiter Rudolf Ernst, evang., L. — Schlosser Karl Schalk, kath., L. — Arbeiter Hermann Vogt, kath., Sohn. — Arbeiter Paul Müller, kath., S. — Arbeiter Josef Strauch, kath., L. — Schuhmacher Wilhelm Tomchina, ev., L. — Monteur Johannes Koppelt, ev., L. — Krüder Wilhelm Wagle, kath., S. — Arbeiter Wilhelm S. and, evang., S. — Kaufmann Bernhard Raderobner, jüd., L. — Schuhmacher Franz Schwobe, kath., Sohn. — Arbeiter Reinhold Müller, ev., L. — Dreher Georg Worchel, kath., S. — Manager Hermann Dietrich, ev., L. u. S. — Klempner Max Adamski, kath., L. — Stellm. Julius Thau, ev., S. — Arb. Johann Scholz, kath., L. — Kaufmann Simon Abraham, jüd., S. — Straßenbahnkassierer Wilhelm Kühn, ev., L. — Hanshändler Paul Koller, kath., S. — Schneidermeister Emanuel Traubal, kath., S. — Schneider Robert Krause, kath., S. — Schneider August Wittke, kath., S. — Kesselschmied Wilhelm Poirer, ev., L. — Schuhmacher Paul Dübler, kath., S. u. L. — Möbelhändler Hugo Schiffler, jüd., S. — Kaufmann Georg Wainwald, ev., S. — Schlosser Hermann Scholz, ev., L. — Photograph Bruno Schönfeld, ev., S. — Ladierer Heinrichs Bronza, ev., S. — Schlosser Franz Kernla, kath., L. — Schlosser Groz Hoffrichter, kath., L. — Schlosser Hermann Heinrich, ev., L. — Arbeiter Robert Reinet, ev., S. — Kaufmann Verthold Wenzel, kath., S. — Hilfskassierer Wilhelm Jaeger, ev., S. — Eisenbahn-Stationsschreiber Kurt Parke, kath., S. — Revisionsschreiber Johann Busor, kath., S. — Schuhmacher Josef Freier, kath., L. — Schlosser Paul Weidner, ev., S. — Schmied Paul Scholz, ev., S. — Fabrikbesitzer Karl Lemor, ev., S. — Schmied Oskar Erdmann, ev., L. — Arbeiter Johann Dienert, kath., L. — Jüngermeister Paul Scholz, ev., L. — Antiker Franz Christoph, kath., L. — IV. Antikäufer Paul Lemmer, ev., S. — Ingenieur Pattfarchen, ev., L. — Schuhmann Hermann Wank, kath., L. — Barbier Gustav Staich, kath., S. — Klempner Valentin Gonda, kath., S. — Puchbinder Heinrich Bartelt, kath., S. — Arbeiter Ernst Kochinski, ev., L. — Kaufmann Max Tichauer, jüd., S. — Kaufmann Felix Warkauer, jüd., L. — Stadtschreiber Rüdiger Gottfried Wolf, ev., L. — Arbeiter Oskar Runkoth, ev., L. — Ladierer Paul Billebrand, ev., S. — Maschinenarbeiter Richard Krause, ev., L. — Buchbinder Julius Gonsior, kath., L. — Malermeister Heinrich Scholz, ev., S. — Klempnermeister Paul Baumgart, kath., L. — Bauergutsbesitzer Paul Renner, ev., L. — Zimmermann August Klafel, kath., S. — Ladierer Julius Klafel, kath., L. — Schmied Julius Müller, kath., L. — Schlosser Hermann Söpel, ev., S. — Arbeiter Ernst Schaubert, ev., S. — Arbeiter August Dampke, kath., L. — Apotheker Karl Lehner, ev., S. — Tischler Otto Reichert, kath., L. — Postbote Josef Röhner, kath., L. — Schmied Robert Paulsch, kath., S. — Möbelmacher Julius Sauer, ev., S. — Schuhmacher Eduard Ruppil, kath., S. — Volksschullehrer Ernst Thiel, ev., L. — Monteur Franz Wismarski, kath., S.

Verstorbene.

B. J. 105. Ihre Tochter hat die Kosten der Krankenbehandlung zu tragen, da sie die Krankheit selbst zugezogen hat. Arbeiterweise. Der Leistungsvertrag zwischen dem Möbelhändler und dem Aufseherstellen ist gültig. Der Umstand, daß im vorliegenden Falle die Vertragsunterliegenden Arbeitnehmer und Arbeitgeber sind, hat die Rechtsgültigkeit des Leistungsvertrages gar keinen Einfluß, insbesondere findet der § 115 der Gewerbeordnung hier keine Anwendung. Der Gehilfe hat die Zahlungen weiter zu leisten. Der Meister, von welchem er die Arbeit auf Grund eines Leistungsvertrages entnommen hat, kann keine Forderungen einfordern. Der Vertrag wäre ungültig, wenn er bestimmte, daß sich der Gehilfe in Erfüllung desselben Lohnabhängiger gefallen lassen muß.

Schulden. Eine Landwirtschafsbank von Fräulein besteht hier nicht.

101a. Sie sind gesetzlich verpflichtet, das Kind in die katholische Schule zu schicken, wenn es ein Knabe ist.

Fr. J. Im lokalen Teil können wir Geschäftsveränderungen grundsätzlich nicht bringen. Dafür ist der geschäftliche und der Interessen-Teil da.

H. C. Schreyer ...
 ...
 ...

S. 2. 1. Das Kind hat keinen Anspruch auf Unterhalt, nachdem der Pfleger, ein Stiefvater der Mutter des Kindes, durch einen Betriebsunfall seinen Tod gefunden hat. 2. Die Pflicht, für den Unterhalt des unehelichen Kindes zu sorgen, liegt mit der Mutter ob; die Schwägerin zur Gewährleistung des Unterhalts nicht angehalten werden. Wegen der Erfüllung der Verpflichtungsbeträge muß sich die Frau an den Gemeindevorstand wenden.

S. 3. 1. Das Kind hat keinen Anspruch auf Unterhalt, nachdem der Pfleger, ein Stiefvater der Mutter des Kindes, durch einen Betriebsunfall seinen Tod gefunden hat. 2. Die Pflicht, für den Unterhalt des unehelichen Kindes zu sorgen, liegt mit der Mutter ob; die Schwägerin zur Gewährleistung des Unterhalts nicht angehalten werden. Wegen der Erfüllung der Verpflichtungsbeträge muß sich die Frau an den Gemeindevorstand wenden.

S. 4. Ein Dienstmädchen kann den Dienst ohne vorübergehende Aufhebung verlassen, wenn es, wie bei 1 188 der Gesetzordnung sagt, durch Mißhandlungen von der Herrschaft in Gefahr des Lebens oder der Gesundheit versetzt worden ist. Es kommt also darauf an, ob der Richter die Mißhandlung für eine lebensgefährliche oder gesundheitsgefährliche ansieht.

S. 5. Friedland. Ein Bericht vom Ratzeburg war bereits eingegangen.

Notierungen der Königlich Preussischen Markt-Notierungs-Kommission.
 Breslau, 29. März.

	gute		mittlere		geringere Sort.	
	55 Pf.	50 Pf.	55 Pf.	50 Pf.	55 Pf.	50 Pf.
Weizen, weißer	17.80	16.50	16.80	15.90	15.80	15.40
Weizen, gelber	17.20	16.40	16.30	15.90	15.80	15.40
Roggen	15.40	14.80	14.70	14.50	14.40	14.30
Trangerste	16.00	15.60	15.50	15.00	—	—
Gerste	14.50	14.10	14.00	13.60	13.50	13.00
Safer	15.30	14.80	14.70	14.30	14.20	13.80
Wittoria-Erbisen	19.50	18.50	17.50	16.50	16.50	14.50
Erbsen	18.00	17.50	16.80	16.50	16.50	14.50

Per 100 Kilogramm
 Gerste 2.10—2.40 Mk.
 Stroh, pro Schock 24.00—28.00 Mk.
 Wintertraps 23.80—21.80—19.80 Mk.
 Breislauer Weizenmehl, No. 1, 20.00—22.00 Mk.
 Roggenmehl, No. 1, 18.50—20.00 Mk.
 Roggenmehl, No. 2, 17.50—19.00 Mk.
 Weizenmehl, No. 1, 19.50—21.00 Mk.
 Weizenmehl, No. 2, 18.50—20.00 Mk.

Versammlungen und Termine.

Gewerkschaftshaus.
 Freitag, den 29. März:
 8 Uhr: Mitgliederversammlung.
 Sonntag, den 31. März:
 8 Uhr: Mitgliederversammlung im großen Saal.
 10 Uhr: Mitgliederversammlung im kleinen Saal.
 12 Uhr: Mitgliederversammlung im großen Saal.
 14 Uhr: Mitgliederversammlung im großen Saal.
 16 Uhr: Mitgliederversammlung im großen Saal.
 18 Uhr: Mitgliederversammlung im großen Saal.
 20 Uhr: Mitgliederversammlung im großen Saal.
 22 Uhr: Mitgliederversammlung im großen Saal.
 24 Uhr: Mitgliederversammlung im großen Saal.
 26 Uhr: Mitgliederversammlung im großen Saal.
 28 Uhr: Mitgliederversammlung im großen Saal.
 30 Uhr: Mitgliederversammlung im großen Saal.

Polen. ...
Österreich. ...
Preußen. ...
Sachsen. ...
Schlesien. ...
Württemberg. ...
Baden. ...
Hessen. ...
Niederrhein. ...
Bayern. ...
Sachsen-Anhalt. ...
Brandenburg. ...
Pommern. ...
Mecklenburg. ...
Litauen. ...
Polen. ...

Am 28. März er. starb nach langem schweren Leiden an der Proletarierkrankheit, unser langjähriges Mitglied, Kollege
Alois Schindzielorz.
 Sein Andenken wird von uns in Ehren gehalten werden.
 Leicht sei ihm die Erde!
 Zentral-Verband der Schuhmacher Deutschlands
 Zählstelle Liegnitz.

Achtung! Maschinenarbeiter!
 Sonntag, den 1. April er., nachmittags 6 Uhr
 im Lokal von J. Leder, Thalbergstraße 10
 „Zum kühlen Strand der Oder“
Geselliges Zusammensein
 mit werten Angehörigen, verbunden mit einem
Tanz-Kränzchen.
 Eintritt für Herren an der Kasse 20 Pfg.
 Die Lokal-Verwaltung des Holzarbeiter-Verbandes
 Juchims Gerssiau.
 NB. Die Zeitangabe auf den Zirkularen bitten wir nach obiger Angabe zu berichten. 1079

Konsumverein f. Liegnitz
 u. Umgegend, e. G. m. b. H.
 Für unsere 2. Verkaufsstelle suchen wir bald einen kausionsfähigen
Lagerhalter
 dessen Frau erforderlichen Falls mit tätig sein kann, bei einem Anfangsgehalt von monatlich 100 Mk., und einer Kausionshinterlegung von 750 Mk.
 Offerten mit der Aufschrift „Bewerbung“ sind bis zum 4. April an den Geschäftsführer M. Mohring, Goldstraße 6, zu richten. 1088

Stadt-Theater.
 Freitag:
 Anfang 8 Uhr:
 „Salome.“
 Sonnabend:
 „Die Jüdis.“
 Sonntag nachmittag 3 1/2 Uhr:
 „Der Waffenschmied.“
 Abends 7 1/2 Uhr:
 „Der Evangelistmann.“

Kammer-musik-saal.
 Sonnabend, den 31. März:
Kaufmann-Helmholtz-Abend.
 Vorverkauf:
 J. Max & Co., Verkehrs-büro Barasch, Breslauer Reischbüro. 1090

Lobe-Theater.
 Freitag:
 „Der Weg zur Höhe.“
 Sonnabend:
 Zum 1. Male:
 „Debius und die Epyling.“
 Sonntag nachmittag 3 1/2 Uhr:
 „Der lustige Krieger.“
 Abends 7 1/2 Uhr:
 „Debius und die Epyling.“

Volks-Vorstellungen im Thalia-Theater.
 Freitag:
 Gruppe K. 5. Vorstellung:
 „Rosenmontag.“

Thalia-Theater.
 Sonntag abends 7 1/2 Uhr:
 „Frühlingsluft.“

Lieblin's Etablissement
 Telefon 1646.
 Sonnabend, den 31. März:
Benefiz
 für den Regisseur
Max Ohrenstein
 in Verbindung mit dem
 Abteilungs-Inspektor des
 gesamten Künstler-Verbands.
 Anfang 7 1/2 Uhr.

Victoria-Theater
 (Stimmenauer Garten).
Keenwood
Les Meteors.
Leo Tardy-Trio.
Linné's.
Léopoldes
 Affenpantomime.
 Anfang 7 1/2 Uhr. Boys allie.

Gewerkschaftshaus
 Großer Saal
 Sonntag, 1. April 1906,
 abends 7 1/2 Uhr
 Rezitationen von Herrn
Otto Gerlach.

Karl Ullrich's
Gasthof z. Eisenbahn
 Brüderstrasse 31.
 Jeden
 Sonnabend: **Eiseln-Essen**
 und musikalische Unterhaltung.
 Jeden Sonntag ebenfalls:
 Musikalische Unterhaltung.

30 Mk. Demjenigen,
 der mit den Urheber namhaft macht, der mich als Demonymant meiner Kollegen ausgegeben hat. Auch warne ich jeden vor Weiterverbreitung dieser Verleumdung.
Karl Titze,
 Restaurateur,
 Kochstraße 11.
 1076
 Ein möbliertes Zimmer zu vermieten bei Genossen Kasari, Ernststraße 6. 1078

UNZERREISSBARE
ARBEITS-ROSEN
G. Knauerhase Nachfolger
 Oskar Behmel
 Neumarkt 45. Keine Ende.

Pariser Garten
 Jeden Montag u. Donnerstag, abends von 7—11 Uhr (1897)
Brosses Frei-Konzert.

Sozialdemokratischer Verein
 für Breslau und Umgegend.
 Dienstag, den 3. April, abends 8 Uhr,
 im großen Saal des „Gewerkschaftshauses“
Mitglieder-Versammlung.
 Tagesordnung:
 1. Vortrag des Genossen Klins, über:
 Die Marokkofrage.
 2. Freie Aussprache.
 3. Die diesjährige Meißner.
 4. Vereinsangelegenheiten.
 Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
 Der Vorstand.
 1093

Volksvorstellung 1905/6
 (Thalia-Theater).
X. Aufführung.
 Sonntag, den 1. April 1906,
 Nachmittags 3 1/2 Uhr:
Die Jugend
 von Halbe.
 Preise der Plätze:
 I. Rang 0.70, Galerie 0.10.
 Zu haben in der Expedition der Volkswacht, sowie bei den Galopierern.

G. Bürger, Schuhmachermstr.
 Leuthenstr. 23
 empfiehlt sein reichhaltiges Lager von elegant und dauerhaft
Schuhwaren
 in jeder Ausführung, als Stiefel, Gamaschen, Schuhwerk, Hausschuhe für Damen, Herren und Kinder. Außerdem steht ein großer Posten schwarzer und farbiger Kinderschuhe billig zum Verkauf. 1097

Waldenburg.
 Das
Arbeitersekretariat
 befindet sich vom 2. April ab
 Friedländerstraße 28
 1. Stg. 1087

ff. Batavia-Arrak,
Jamaica-Rum,
 französische Kognaks,
 und deutsche Kognaks,
 Punsche u. Tafelliköre
 empfiehlt
Edwin Delahon
 Breslau, Neumarkt 6.
 Flaschenverkauf
 im Comptoir, Hof. part.

Nur bis Ostern
 große Preisermäßigung auf Uhren u. Goldwaren.
 Herrenuhren von 8.— Mk. an
 Silberne Herren- und Damenuhren 5.50 „
 Goldene Damenuhren 11.50 „
 Goldene Herrenuhren 24.— „
 Regulatoren 5.75 „
 Wecker und Wanduhren 1.75 „
 Uhrenringe, echt Gold mit Reichsteinen 3.— „
 Ketten, Kette, Halsketten, Ohrringe, Silberne Sticks etc. etc. in kolossaler Auswahl zu außerordentlich billigen Preisen unter mehrjähriger Garantie. 821
 Eigene Spezialwerkstatt für Reparaturen
 Laufende Anerkennungs schreiben.
 Preislisten gratis und franko.
Albert Möwius, Uhrmacher,
 Uhren- und Goldwaren-Kaufhaus,
 Pappeisenstrasse, ehemals Familienbrücke Nr. 56,
 zu den 2 elektrischen Straßenbahnen.

Geige, alte, probieren, zu kaufen gesucht.
 Off. u. K. 30 Exp. d. d. d. Bl. 1089

Herrn-Stiefel
 Handarbeit, aparte Formen, überaus preiswert 1090
 Broschüre, Schmalzstraße 21.

Zigarren
 eigenen Fabrikats
 empfehle allen Parteigenossen und Freunden vorm Oblauerer und bitte um gütige Beachtung. 1088
Karl Bensch
 24 Königsgräberstr. 24.

Herrn-Anzüge
 10 Mk., n. Maß elegant 17 Mk.
 Valetots, modern 10
 nur direkt in der Fabrik
Carlsstrasse 42, I. 2

Nur bis Ostern
 große Preisermäßigung auf Uhren u. Goldwaren.
 Herrenuhren von 8.— Mk. an
 Silberne Herren- und Damenuhren 5.50 „
 Goldene Damenuhren 11.50 „
 Goldene Herrenuhren 24.— „
 Regulatoren 5.75 „
 Wecker und Wanduhren 1.75 „
 Uhrenringe, echt Gold mit Reichsteinen 3.— „
 Ketten, Kette, Halsketten, Ohrringe, Silberne Sticks etc. etc. in kolossaler Auswahl zu außerordentlich billigen Preisen unter mehrjähriger Garantie. 821
 Eigene Spezialwerkstatt für Reparaturen
 Laufende Anerkennungs schreiben.
 Preislisten gratis und franko.
Albert Möwius, Uhrmacher,
 Uhren- und Goldwaren-Kaufhaus,
 Pappeisenstrasse, ehemals Familienbrücke Nr. 56,
 zu den 2 elektrischen Straßenbahnen.

Gelegenheitskauf!
Die russischen Kämpfe
um Recht und Freiheit.
 Preis 1 Mk., früher 1.50 Mk.
 Zu haben
in der Expedition der Volkswacht.

Zigarren!
(eigene Fabrik)
in vorzüglicher Qualität empfiehlt den weichen Parteilgenossen
Fr. Weihrauch, Sandberg 62.
Nach ist bei mir die Falschware wie auch sämtliche Parteilgenossen zu haben.
Den geehrten Postwachstern empfehle ich mein
Barbier-Geschäft
Sandberg Nr. 29
einer gütigen Beachtung und bitte bei Bedarf mein Geschäft zu berücksichtigen.
Gustav Heinselmann.

Bildschöne junge Foxterrier
sowie 1 gute Dackelweibchen bill. zu
verf. R. Dierling, Weinstr. 72, (1077)
Neueste Frühjahrs-Moden
Herrenhüte und -Mützen
Knabenhüte und -Mützen
samt man nur recht, gut u. billig
bei **F. Paul, im Seidengäß**
Friedr.-Wilhelmstr. 9.
Stroh- und Strohhüte
für Damen, Herren u. Knaben
direkt in der Fabrik
Reze Graupenkraße 11, Hof,
Freund & Krebs.

Frauen
der Arbeiter u. Vertriebsstellen
samt in dem
Gleise u. Wergasse
von 1000
Max Kastner
Judenstr. 12/14.
Jeden Sonntag:
Warme Wollstrümpfe.
Stamm-Seidel,
Verlags-Seidel,
Geburts-Seidel,
Hochzeits-Seidel,
Jubiläum-Seidel,
in grosser Auswahl empfiehlt
Otto Miksch,
Kupferachmele-Strasse 47.

Der Verkauf
der von mir erworbenen
Konkursmasse
der Firma **S. Rosenthal** vorm. **J. Cohn**
und anderer Waren befindet sich jetzt
Ring 52
Naschmarktseite.

Besonders günstig!
Teppiche
Portièren
Gardinen
Läuferstoffe
Steppdecken
Adolf Spanier
58/59 Reuschestr. 58/59
Fillale: Albrechtsstr. 52, i. Viertel vom Ring.

Hut-Hanke
Friedrich-Wilhelmstr. 23

empfehle Güte, nur gute, reelle
Qualitäten für Herren u. Knaben.
Mützen, Stöcke, Schirme
zu billigsten Preisen.

Sparen Sie
nur durch billigen Einkauf, An-
stige, gute Stoffe, 9¹/₂ Mk. Nach-
Maas elegant, modern 17¹/₂ Mk.
Konfirmanden 8¹/₂ Mk. Rosen
2¹/₂ Mk. 853
Anzugfabrik Wallstr. 17, I.
Empfehle der geehrten Kund-
schaft mein Spezialgeschäft in
Zigarren u. Zigaretten
Fritz Sangkuhl
Breslau, Nendorferstr. 81.

Anzüge von **8.50** an
Paletots von **6.75** an
Hosen von **1.30** an
Knabenanzüge von **2.25** an
ein grosser Posten Stoffe und Reste
spottbilligen Preisen.
Ring 52
Naschmarktseite. 1061

Das Schuhwaren-Geschäft
von
Martha Christmann
befindet sich nun
36 Scheitnigerstr. 36
und bitte um gefällige Beachtung.
Bitte auf Nummer zu achten.

Cito- und Opel-Räder,
2 Jahre Garantie,
sind die besten und billigsten.
Eigene Reparaturwerkstatt, sowie sämtliche Ersatzteile
zu staunend billigen Preisen. — Getriebe- u. Getriebe-
teile werden zu höchsten Preisen in Zahlung
genommen. 1074
Joh. Swienty, Höfchenstr. 28,
nahe der Garten-Strasse.

Zur Konfirmation!
Uhren, Ketten, Ringe.
Nur gutes Fabrikat.
Billigste Preise.
Max Frenzel, Uhrmacher
Friedrich-Wilhelmstr. 30.

Zur Schul-Saison
empfiehlt zu staunend billigen Preisen
Büchertaschen, Bücherträger,
Schiefertafeln,
Schreib- und Rechenhefte,
Federkasten, F-Heftstifte,
Bleistifte, Stahlfedern,
Tuschkasten mit echten Grundfarben,
Zirkel, Lineale, Federhalter,
Frühstückstaschen. 1095
Warenhaus Auguste Schulz
Friedrich-Wilhelmstr. 76
Kass- und Küchengeräte-Ausstattungs-Magazin.

1 Hose gratis
erhält jeder Käufer bei Einkauf von 18 Mk.
Ich offeriere:
Anzüge von **8⁶⁵** an
Paletots **9⁷⁵** an
Kinderanzüge **2⁴⁵** an
Hosen **1⁴⁵** an
Kaufhaus Germania
Inh.: **B. Hartig, Gräbnerstr. 41.**
Ecke Friedrichstrasse.

Zu staunend billigen Preisen
kauft man das eleganteste und haltbarste
Schuhwerk,
bei denbar größter Auswahl in
Konfirmations-, Kinder-, Strand- und Zeugschuhen sowie
Holz- und andere Pantoffeln
zu kreuz realen Preisen nur bei
Robert Kretschmer, Schuhmachermstr.
Friedrich-Wilhelmstr. 52, gegenüber der Friedrich-Strasse.

Hervorragende Anerkennungs schreiben!
Die Rasenbleiche zu Hause!
Achinin-Seife!
Ideale, neue, chemische, alkal- und säurefreie Sauer-
stoff-bleich- und Färb-Seife von hohem Bleich- und
Weißheitswert, sowohl für verarbeitete feine Lein-
wand, Tisch-, Gardinen- u. Hauswäsche, als auch für verarbeitete, grobe
Handwerker- u. Arbeiterwäsche. Geradezu unentbehrlich
für verarbeitete Schwere-, Menstruations- u. Kinderwäsche.
Einzig bewährte Färb- und Bleich-Seife. Schon die Wäsche
aus Neubeit, macht sie klar und blütenweiß und gibt
ihre einen desunfärbenden, an natürlichen Rasenbleiche
erinnenden, erfrischenden, wohltuenden Sinnen-Bleiche-
geruch, den wir so gern wahrnehmen, wenn wir uns
in der Stille über Groszmutter's geöffnete Wäsche-
trube benutzen.
Das Bünd **24 Pf., 12¹/₂ Pf., 6 Pf., 3 Pf.,**
25 Pf., 12 Pf., 6 Pf., 3 Pf. sind gratis.
Überall zu haben. Niederlagen werden auf Wunsch
mitgeteilt. So solche nicht, wird franco geliefert durch die
Chemische Fabrik Gräbschen
Gebrüder Wölzendorf, Breslau-Gräbschen.

Herrn-Anzüge
nach Maß
von **18 Mark** an
garantiert tadelloser Sitz
empfiehlt 870
Eugen Hamburger
Konfektionshaus
Bohrnerstr. No. 25
Ecke Bachstr.

Zur guten
Schuhquelle
P. Posener
Gr. Scheitnigerstr. 19
Unerrichtet realiste Bedienung.
Herrn-Zugmaschinen
unverwundlich, aus einem Stück
von **ML 5.50** an.
Herrn-Schnürstiefel
von **ML 4.50** an.
Herrn- u. Damenstiefel
farbig u. in Schwarz od. Chevreau
von **ML 6.50** an.
Eigene Reparatur-
werkstätte im Hause.

Nur Friedrich-Wilhelmstr. No. 88, gegenüber der
Leuthenstrasse.
Grosser Konkurswaren-Ausverkauf
des Max Reimelt'schen Konkurslagers
und viel andere Waren aus Gelegenheitskäufen.
Auch für **Wiederverkäufer** und **Hausierer**, um schnell zu räumen,
spottbillige Angebote.
Herrnartikel.
Ein Posten Arbeitshosen 1.35 M.
Ein Posten blaue Blusen 95 Pf.
Ein Posten blaue Mantelhosen 1.15 M.
Ein Posten gute Stoffhosen 2.45 M.
Ein Posten Herrenwesten 1.— M.
Ein Posten Maströhren 1.45 M.
Ein Posten Maströhren 1.25 M.
Ein Posten gute, gefütterte Winterjoppen jetzt 3.75 M.
Ein Posten beste Oxfordhosen 95 Pf.
Ein Posten starke Barchendhosen 1.25 M.
Ein Posten eleg. Herren-Stoff-Anzüge jetzt 8.75 M.
Ein Posten Barchendhosen 95 Pf.
Chemisches L. Allen Weiten 30 Pf.
Kragen, 4-fach 25 u. 18 Pf.
Ein Posten grüne und blaue Schürzen 65 Pf.
Ein Posten Anzugstoffe, doppeltbreit, Str. 1.35 Mk.
Gardinen spottbillig.
Küchenhandtücher Stück 15 Pf.
Kinderartikel.
Ein Posten Cheviotanzüge, eleg. garniert, Gr. 1 von 2.65 M. an.
Ein Posten Stoff-Leibchenhosen 95 Pf.
Ein Posten Sweaters v. 65 Pf. an.
Weisse u. Barchendhosen von 35 Pf. an.
Kindertrikotanzüge von 48 Pf. an.
Kleiderstoffe.
Ein Posten schwere Cheviots 85 Pf.
Ein Posten farbige Kleiderstoffe 65 Pf.
Ein Posten karierte Stoffe 33 Pf.
Ein Post. Velourbarchend: 35 Pf.
Ein Posten fertige Kostümröcke zum Ausschneiden von 2 bis 6.50 M.
Ein Posten Barch-Jacken 90 Pf.
Ein Posten gutes Nessel 28 Pf.
Ein Posten breite Gardinen, 2mal mit Rand eingefasst, u. 33 Pf.
Ein Post. Woll-Katzen, u. 38 Pf.
Winterstrickgarn, schwarz und farbig Lage 18 Pf.
Perfomonaales zum Ausschneiden
daranter bis 1.50 M.,
jetzt 48 u. 25 Pf.
Ausstattungswäsche.
Weisse Bettdecken 82 Pf.
Weisse u. beste Bezüge 2.45 M.
Fertige Inlettbozige 3.45 M.
Damenhemden, weisse, grosse Auswahl von 68 Pf. an
Barchendjacken u. Beinkleider, ebenso dünne von 95 Pf. an
Weisse feinfädige Renferde u. Wäsche m. 35 Pf.
Damentaschen, 125 cm breit m. 45 Pf.
Ein Posten extra breite Wirtschtafenschürzen 75 Pf.
Ein Posten Strohhüte 95 Pf.
Ein Posten taletts 35 Pf.
Ein Posten gute Zehen 25 Pf.
Elegante Brocken St. 10 Pf.
Hauptanzüge St. 10 Pf.
Hauptanzüge St. 10 Pf.
sowie Vorrat und noch viele andere Artikel. 1076
Kaufhaus für Gelegenheitskäufe.
Dittmar Hamburger
Friedrich-Wilhelmstr. 88, gegenüber der Leuthenstrasse.

Donnerstag, den 31. März 1906.

Sozialdemokratie und Volksschulwesen.

Die „Breslauer Zeitung“ argert sich heftig über unsere kritischen Betrachtungen des Breslauer Schulwesens. Sie findet, daß diese Betrachtungen „lediglich der Befriedigung des Selbst- und Schimpfbedürfnisses dienen sollen“. Anständig, wahrheitsliebende Leute auch in gegnerischen Kreisen werden freilich in unseren Artikeln nicht die Spur eines Schimpfwortes oder einer „Hejerei“, sondern nur eine streng sachliche Würdigung der tatsächlichen Zustände im Schulwesen, gestützt auf amtliches Material, finden. Natürlich steht aber die „Breslauer Zeitung“ auf einem anderen Standpunkt. Besonders empfindend erscheint dem Blatte, daß die Sozialdemokratie nicht wenigstens eine Schöpfung aus bürgerlicher Initiative, nämlich das Volksschulwesen, anerkenne, wenn auch bloß durch Stillschweigen. Es tut uns wirklich leid, dem schwer geärgerten Blatte diesen kleinen Gefallen nicht tun zu können, aber wir stehen mit unserer sozialdemokratischen Kritik des jetzigen Volksschulwesens wirklich nicht allein, sondern befinden uns dabei in der Gesellschaft aller bedeutenden bürgerlichen fortschrittlich gestimmten Schulmänner. Das braucht die „Breslauer Zeitung“ allerdings nicht zu wissen, sie hat lediglich die Aufgabe, jede von sozialdemokratischer Seite kommende Kritik als Ausfluß des „Selbst- und Schimpfbedürfnisses“ zu erklären.

Gerade über unsern, von Liberalen mit einigen wenigen gemachten Vorwurf, daß sie sich nicht mehr für ihre frühere eigene Forderung der einheitlichen Volksschule interessieren, führt die „Breslauer Zeitung“ einen erst im vorigen Jahre auf dem Parteitag der freisinnigen Volkspartei gefaßten Beschluß an, der „die allgemeine Volksschule als die beste Grundlage für den ersten Unterricht der Kinder aller Stände“ erklärt und eine Schulorganisation verlangt, „welche unter Wegfall der jetzigen Vorschulklassen einen geeigneten Übergang von der Volksschule zu höheren Schulen ermöglicht“. Natürlich hat die „Volkswacht“ diesen Beschluß gelobt, wie die „Breslauer Zeitung“ ganz richtig annimmt. Aber es kam uns nicht auf die schönen Worte, welche die Liberalen der verschiedenen Schattierungen bei passenden Gelegenheiten ja immer noch zu gebrauchen wissen, sondern auf die Taten dieser Liberalen an. Und da hatten wir gewiß recht, wenn wir sagten, daß die Liberalen dort, wo sie noch die Macht hatten, in einer Anzahl größerer Gemeinden, die allgemeine Volksschule nicht nur nicht verwirklichen, sondern den etwa noch vorhandenen „geeigneten Übergang von der Volksschule zu höheren Schulen“ geradezu zerstörten, eben durch Schaffung von Vorschulklassen. Sind nicht in Breslau die Vorschulklassen für die meisten höheren Schulen von der damals noch ganz liberalen Stadtverordneten-Versammlung geschaffen? Haben nicht vor einigen Jahren erst freisinnige, nationalliberale und konservative Stadtverordnete im trauten Verein für die Forderung an die Stadt gefallene Oberrealschule Vorschulklassen geschaffen, während solche nicht existierten, als diese Schule noch staatlich war? Es ist eine Dreifachheit ohne gleichen, angesichts solcher Tatsachen mit einem papiernen Beschluß des freisinnigen Parteitages unsere wohlbegründete Behauptung widerlegen zu wollen.

Auf gleicher Höhe der Beweisführung stehen die anderen Einwände gegen unsere Kritik der Schulverhältnisse. Während die „Breslauer Zeitung“ von uns behauptet, wir hätten die Verwaltungskosten mit den Zuschüssen verwechselt und bei der Berechnung der Zuschüsse völlig vergessen, daß Schulgeld abzugeben, vergißt sie selbst zu den Verwaltungsausgaben auch die Vermögensausgaben hinzuzunehmen. Allerdings würde das Blatt ohne diese Vergeßlichkeit nicht behaupten können, daß wir die Zuschüsse für die einzelnen Schulen zu hoch angesetzt hätten, es würde vielmehr entdeden müssen, daß zum Beispiel für die Gymnasien der Zuschuß tatsächlich noch höher war, als er von uns angegeben wurde. Ganz lächerlich erscheint der Vorwurf, die „Volkswacht“ übersehe, daß die Zahl der Volksschüler so sehr viel größer sei, wie die der höheren Schüler, weshalb der für die Volksschulen aus kommunalen Mitteln aufgewendete Betrag sehr viel größer sei, als der für die höheren Schulen. Das haben wir natürlich nicht übersehen, wir haben dieser Tatsache aber nicht das Gewicht beigelegt, welches die „Breslauer Zeitung“ ihr beigelegt haben möchte. Als Demokraten fragen wir mit Recht auch, was denn Staat oder Gemeinde, was die Allgemeinheit für das einzelne Glied dieser Allgemeinheit leistet, um dadurch zu einer möglichst gerechten Bemessung dieser Leistung zu kommen. Damit ist natürlich ebenso wenig gesagt, daß nun auch für alle bisherigen Volksschüler die höhere Leistung bzw. die höhere Schulbildung gefordert werden müsse, wie damit gesagt sein soll — diese letztere Abgrenzung produziert in der Tat die „Breslauer Zeitung“ — daß die höhere Schulbildung abgelehrt werden müsse. Die „Breslauer Zeitung“, die die Sozialdemokratie als im innersten Wesen bildungsfeindlich nennt, hat natürlich das Recht, in bödsinnigster Weise auf die Sozialdemokratie zu schimpfen, die Bestrebungen dieser möglichst lächerlich erscheinen zu lassen; sie hat aber durchaus nicht die Pflicht, etwas von den also bekämpften sozialdemokratischen Grundfäden zu kennen. Wäre es anders, dann wüßte die „Breslauer Zeitung“, daß im Programm der deutschen Sozialdemokratie als deren Forderung bezeichnet wird: „Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen, Unentgeltlichkeit des Unterrichts der Lehrmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen, sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden.“

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 30. März.

Aus dem Stadtparlament.

Die auf der Tagesordnung der gestrigen Sitzung stehende Wahl eines Nachfolgers für den ausgeschiedenen Stadtrat Dr. Rabe hatte die verehrten Herren Stadtväter in solcher Menge herbeigekostet, wie wir sie nur selten in den Räumen, wo Herr Geheimrat Freund die Glocke schwingt, zu sehen gewöhnt sind. Gesichter konnte man beobachten, die dem selbstberufsmäßigen Besucher der Tribüne unserer Stadtsitzung fremd erschienen mußten, so selten geben sie uns die Ehre, sich in ihrer erspriesslichen Stadtvater-Lässigkeit beobachten zu lassen. Die Freisinnigen hatten es offenbar mit der Angst zu tun bekommen, daß der zu besetzende Posten ihnen diesmal wieder entgehen könnte, denn im Ausschuß hatte sich eine Mehrheit für den konservativ-katholischen Kandidaten, Geh. Rat Richter aus Breslau ergeben. So erging denn an alle Getreuen der Ruf, an der Wahlschlichter teilzunehmen, und siehe, es gelang! Es war zwar „man so so“, aber schließlich war's doch ein Sieg. Neunzig Stimmen wurden abgegeben, also betrug die absolute Majorität 46 Stimmen; auf Herrn Richter entfielen 43 Stimmen, und dem gegenwärtig einzigen Sozialdemokraten können es die Freisinnigen danken, daß genau eine Stimme über die unbedingt notwendige Zahl, also 17 Zettel für ihren Kandidaten abgegeben wurde, den Stadtrat Schmidt aus Königshütte, früher Magistral-Meffor in Breslau, der nunmehr in unserem Stadtparlamente den kurulischen Sessel des Herrn Rabe zieren wird.

Ihre patriotische Gesinnung vor der Öffentlichkeit zu bekunden, hatte der Magistrat den Vertrauensmännern der Bürgerschaft auch wieder einmal Gelegenheit gegeben. Es ist gewiß durchaus erforderlich und wünschenswert, daß die Verkehrsstraßen unserer Stadt in einem benutzungs-fähigen Zustande sich befinden, und wir sind die letzten, die das Bemühen unserer städtischen Körperschaften, die Straßen Breslaus in guter Verfassung zu erhalten, nicht unzufällig würdigen. Darum haben wir uns auch gefreut, daß durch die Magistratsvorlage, die Verlängerung der Tschepinerstraße vom Tschepiner-Platz bis zur Haltestelle Böpelwitz mit Granitsteinen zu pflastern, ebenso den westlichen Teil der Rieplstraße vom Lindenheim bis zur Kofeler Chaussee mit alten Steinen, eine durchaus notwendige zweite Verbindung der Nikolai-Vorstadt über die Tschepine mit der Kofeler Chaussee geschaffen wird. Aber gerade weil wir die Verbindung für nötig erachten, verstehen wir nicht, warum der Magistrat mit der betreffenden Vorlage gewarant hat, bis er sie damit begründen konnte, daß die Straße als Annarschstraße für die Kaiserparade im kommenden Herbst vom Generalkommando in Anspruch genommen werde. Die Vorlage fand einstimmig Annahme, auch Genosse Mühl war dafür, selbstverständlich nicht, weil er mit der patriotischen Begründung der Vorlage einverstanden gewesen wäre.

Weiter wurde der Vorkauf eines Teiles der Tiergartenstraße genehmigt, ebenso verschiedene Fluchtlinienentwürfe, Verkauf- und Tauschverträge, während der Antrag, die Grundstücke Gabis I. Nr. 122, 279 und 467 zu erwerben, an den Ausschuß I ging.

Die vom Magistrat vorgelegten Skizzen für den Bau eines Säuglingsheims und der Antrag, die Anwerbestelle des genannten Heims und Kassenanhangs und die Forderung der für die Kosten der Einrichtung bereits bewilligten 360,000 Mk. durch eine bei der Stadtsparkasse zu entnehmende Anleihe zu genehmigen, werden den Ausschüssen V und VII überwiesen.

Ein Dringlichkeitsantrag fordert, daß die für die Einrichtung der am 1. Mai d. J. zu eröffnenden Rischkische bewilligten Mittel auf 12,000 Mk. und die laufenden Ausgaben bis 1. April 1907 auf 18,000 Mk. erhöht bzw. der Mehrbetrag von 12,000 Mk. dem Kommerzien-Ratordnarium für 1906 einbezogen werden. Begründet wird die Vorlage damit, daß die Apparate zur Sterilisation, zur Zubereitung, Aufbewahrung und zum Transport der als Säuglingsnahrung bestimmten Milch sich teuer stellen, als im Vorschlage vorgesehen. Auch sollen mit den Apparaten nicht nur, wie ursprünglich beabsichtigt, 100 bis 200 Tagespositionen, sondern bis 400 geliefert werden, um so mehr Aussicht auf eine erfolgreiche Reimpfung der Säuglingssterilisation zu bieten, indem die Milch den ärmeren Klassen zum Selbstkostenpreise in größtem Umfange zur Verfügung gestellt werden kann.

Im übrigen stand die von großem Fleiße zeugende Sitzung fast völlig unter dem Zeichen der Etats-Verabschiedung.

Glückliche Annahme fanden der Etat des chemischen U. ersuchungsamtes, das mit 26,700 Mk. Einnahmen und 30,650 Mk. Ausgaben einen um 3330 Mk. geringeren Rückschuß als im Vorjahre erfordert, ferner der Etat des Grundeigentums, der einen um 3840 Mk. höheren Ueberschuß als im Vorjahre von im Ganzen 24,930 Mk. verzeichnet; es folgte die Etat der Standesämter und des städtischen Amtes; der Etat der Stadtkasse wird mit einem voranschreitenden Ueberschuß von 150,000 Mk. veranschlagt. Der Besoldungsstaat der Beamten weist eine Einnahme von 327,370 und eine Ausgabe von 2,803,560 Mk. auf; der Rückschuß von 2,476,190 Mk. ist mit 66,512 Mk. höher als im Vorjahre, infolge einer Reihe von Gehaltsbesserungen; er wird ohne Debatte genehmigt. Das gleiche geschieht mit dem Etat der Willkürlichen Stiftung.

Beim Etat der öffentlichen Bäder und der Schutzhallen weisen Einnahmen 27,400 Mk. und dessen Ausgaben 96,870 Mk. betragen, ist ein um 33,194 Mk. höherer Rückschuß gegen den Vorjahre erforderlich, einmal weil dem Hallenschwimmbad mit Rücksicht auf den geplanten Erweiterungsbau ein um 25,000 Mk. erhöhter Zuschuß bewilligt wurde, dann aber, weil bei der starken Zunahme der Benutzung sämtlicher Bäder eine Vermehrung des Inventars der Badebäder und eine Erweiterung des Freibades II an der Griesenaustraße geboten war. Der Reichs- und Kaiser Schutz, auf dessen Antrag der Etat festgesetzt wird, regt den Bau eines Braubehabes in der Scheintziger Vorstadt an, die bei ihrer starken Bevölkerung eines solchen dringend bedürfte, zumal die dort vorhandenen Bäder für die fast durchgängig ärmere Bevölkerung nicht in Betracht kommen.

Der Etat der Volksschulen erfordert einen Gesamtschluß von 4,570,350 Mk., das sind 536,303 Mk. mehr als 1905.

Die Mehrkosten sind, wie der Referent Drischel ausführlich darzulegen auf Neuarrangements und Gehaltsbesserungen zurückzuführen. Unter den Einnahmen haben sich die erhöhten Prämienaufschüsse zur Alterszulagenkasse günstig geltend gemacht, während die Mehrerlöse der Wasserwerke weniger gut abfielen. Auch die erweiterten Gebühren hätten zu ihrer Durchführung Mehraufwendungen erforderlich gemacht. Bedauerlich sei es, daß noch immer 221 Klassen in Mietwohnungen untergebracht seien, von denen nur etwa 2 dem Ansehen eines guten Schullotals entsprächen. Das werde den Klassenverhältnissen weichen, mit dem Neubau von Schulhäusern rasch voranzutreiben. Weil aber der Schulhaushaltsfonds gänzlich erschöpft sei, da im vorigen Jahre alles verbaut worden sei, so werde man in diesem Etat nichts, wie im vorigen streichen, sondern die geforderten 400,000 Mk. bewilligen müssen. Sehr zu begrüßen sei der Titel „Wohlfahrtspflege zur Erhöhung der Schulfähigkeit kranker und behinderter Kinder“ in Höhe von 300 Mk., aus dem Bruchbänder, Brillen usw. beschritten werden sollen.

Stadt. Hamburg er fragt an, warum im Etat bei Schulhaushaltsfonds in den verschiedenen Jahren so große Differenzen hervortreten; es sei mit ziemlicher Sicherheit vorauszusetzen, daß jährlich 25 neue Klassen notwendig werden; demnach könnte doch eine gewisse Stabilität im Bauen von Schulhäusern eintreten, und damit würden die jährlich zu bewilligenden Kosten auch nicht so großen Schwankungen unterliegen; wenn aber in dem einen Jahre eine Schule, im nächsten Jahre aber fünf gebaut werden, so werde man mit dem Schulhaushaltsfonds niemals in Ordnung kommen.

Kammerer Matthes gibt Aufklärung dahin, daß es der Hauverwaltung nicht möglich sei, jedes Jahr eine vorher bestimmte Zahl von Schulbauten fertigzustellen; sie habe auch noch andere Aufgaben zu erledigen, auch äußere sich oft ganz plötzlich die Verhältnisse. Aber die von Herrn Hamburger angegebene jährlich erforderliche Zahl neuer Klassen genüge auch gar nicht; es bedürfte außer den für den natürlichen Zuwachs sich notwendig machenden, noch solcher zur Herabsetzung der Klassenfrequenzen und ebenso zur Verminderung der Mieträume. Aus diesem Grunde müsse in diesem Jahre der Schulhaushaltsfonds unbedingt höher sein, wie im Vorjahre.

Nachdem noch Stadtbaurat Rißdemanu diese Ausführungen ergänzt hatte, erfolgte die einstimmige Annahme des Etats.

Genehmigt werden ferner die auf Grund dieses Etats vom Magistrat geforderten Erhöhungen der Gehälter für Rektoren, Klassenlehrer und Lehrpersonen, sowie für das technische und das Hilfslehrpersonal Stadt. Drischel weist darauf hin, daß die Gehälter der Lehrer stets erheblich niedriger waren als die der Magistratssekretäre. Der Unterschied betrug im 24. Lebensjahre 400 Mk. und steigt bis auf 1200 Mk. im 46. Lebensjahre. Man könne die Gehaltsverhöhung nicht weiter, als daß dieser Unterschied durch die erfolgten Gehaltserhöhungen der Sekretäre nicht vergrößert werde. Redner regt weiter noch an, auch den Wünschen der untervertraten Lehrer auf eine Verbesserung mehr als bisher entgegen zu kommen, und ferner den Lehrpersonen dadurch eine Erleichterung zu schaffen, daß die Zahl der 26 Pflichtstunden mit zunehmendem Alter allmählich sinkt; dies wäre ein Ersatz dafür, daß die Lehrpersonen an den Gehaltserhöhungen nur mit einem Anteil teilnehmen. Auch die Gehaltserhöhungen bei den Etats der höheren und mittleren Schulen werden bewilligt.

Beim Etat der städtischen Gymnasien, der mit 675,290 Mk. einen um 25,927 Mk. höheren Rückschuß als im Vorjahre erfordert, nimmt Stadt. Heilbera Gelegenheit, drei an unteren Schulen überhaupt hervorzuheben. Uebrigens zu berichten. Einmal sei es nötig, daß in den städtischen Ueberschussverhältnissen mehr Einseitigkeit komme; die Schulgelder dürften ihre Tätigkeit und Unternehmung nicht nach ihren besonderen Methoden und Meinungen ausüben. Ferner regt er immer wieder dafür ein, daß der Unterricht auch in den Sommermonaten erst um 8 Uhr beginne; gerade in den Sommermonaten, wo das Kind mit Recht seine Erholungszeit auf den kühleren Abend verlege, müßte es Zeit haben, früh anzukommen. Schließlich müßte dafür gesorgt werden, daß die verschiedenen Sammlungen, Vorlesungen usw. in den Schulen unterlagert werden. Ueber die Sammlung für die Klotten noch ein Wort zu verlieren, sei ihm zu dumm, aber auch sonst können viel Ärger und Unbilligkeiten erpart werden. Nachdem Stadtschulrat Pfundtner und Stadtrat Dr. Dehbele sich zum Teil in zustimmendem Sinne geäußert haben, regt später Stadt. Dr. Reich die Einrichtung schulhygienischer Unterrichtsstunden für die Schulkinder an.

Darauf finden die Etats der übrigen höheren und Mittelschulen, der Bibliotheken und Lesehallen vorläufige Festsetzung. Auch die Etats der Gemeindeverordneten und der Straßenbeleuchtung, letztere mit der von uns gemeldeten Ausdehnung der elektrischen Beleuchtung, werden debattelos angenommen.

Der öffentlichen Sitzung ging eine gemeinsame Sitzung der Stadtverordneten und des Magistrats voraus, in der die Stadträte Marc und Müller, die Stadtverordneten Suchanille, Breslauer und Birke zu Vertrauensmännern für den Ausschluß zur Wahl der Schöffen und Geschworenen für 1907 gewählt wurden.

Bildung und Erziehung durch die Organisationen.

„In der Buchbinderzeitung schreibt „Spezialist“ (ber Beobachter) aus Breslau folgendes:

„Der Verbandstag von Dresden hat bekanntlich durch Annahme des Magdeburger Art. 47 beschlossen, daß in allen Zahlstellen mehr als bisher zur Erziehung, Bildung und Aufklärung der Mitglieder getreu werden solle. Die Zahlstelle Breslau ist seit Monaten bemüht, diesem Art. 47 in vollem Umfange gerecht zu werden. Nicht nur, daß dort wie überall in den Mitgliedsversammlungen erst die beherrschende Verträge von Ärzten, Rechtsanwältinnen, Redaktoren und so weiter gehalten werden, daneben finden in Protokollräumen von 8 bis 10 Wochen literarische Abendes, die sich in den Reihen unserer Berufsangehörigen großer Beliebtheit erfreuen. In diesen Abenden, die im Durchschnitt von 80—100 Personen besucht sind, werden die Kollegen mit den besten Werken unserer Freiheitsdichter sowie mit den ausgewählten Erzeugnissen der modernen Literatur, soweit sie die Interessenphäre des Arbeiters berühren, bekannt gemacht. Daneben gibt es zur Unterhaltung heitere und musikalische Vorträge, der Buchbinderangehöriger wird in erheblichem Maße mit — kurz, es sind Abende, die noch dem Reiz: „Wer dieses bringt, wird manchem etwas bringen.“ — dazu bei völlig freiem Eintritt — sehr zur geistigen Fortbildung der Mitglieder beitragen.“

Das überaus rege Interesse, das die Zuhörer bei diesen Darbietungen an den Tag legen, hat bereits einige Breslauer Künstler und Künstlerinnen veranlaßt, sich in unentgeltlicher Weise in den Dienst dieser Bestrebungen zu stellen. So würden bisher neben unserem Vorsitzenden, der als Rezitator sein Bestes gibt, unter anderem eine Rezitatorin vom Kunstverein, eine Lehrerin (als Violinistin), ein Konzerthänger, ein Geiger und ein Saitenspieler mit, und für die Zukunft haben bereits einige Studenten (darunter einige russische) von der Universität ihre Mitarbeit versprochen.

Die Wirkung dieser Veranstaltungen ist eine überraschend günstige. Wie einer Aufmerksamkeit, wie sie nur reines Gelingen ausstrahlen kann, folgten die Zuhörer den Vortragern mit

